

Anna Bischof

Das tschechoslowakische „Nationalunternehmen Jáchymov“ – ein sowjetisches Großprojekt?

Die Uranerzindustrie in der Wahrnehmung und in den Zukunftsvorstellungen tschechoslowakischer Politiker im Wandel der Zeit (1945-1964)

Magisterarbeit 2007

Ludwig-Maximilians-Universität München
Historisches Seminar
Abteilung für Geschichte Osteuropas und Südosteuropas
Elitestudiengang „Osteuropastudien“

Erster Gutachter: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel
Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Thomas Bohn

Herausgegeben

vom Collegium Carolinum, Hochstraße 8, D-81669 München

► www.collegium-carolinum.de

im Rahmen des Projektes OstDok

► <https://www.vifaost.de/ostdok/>

Digitale Reihe der Graduierungsschriften OstDok

► [Universitäten Deutschland, Band 2](#)

Bereitgestellt und langzeitarchiviert durch die [Bayerische Staatsbibliothek](#)

DOI: 10.23665/DRG-D/2007-2

Empfohlene Zitierweise

Bischof, Anna: Das „Tschechoslowakische Nationalunternehmen Jáchymov“ – ein sowjetisches Großprojekt? Die Uranerzindustrie in der Wahrnehmung und in den Zukunftsvorstellungen tschechoslowakischer Politiker im Wandel der Zeit (1945-1964). Magisterarbeit. München 2013.

DOI: <https://dx.doi.org/10.23665/DRG-D/2007-2>



Creative Commons Namensnennung –
Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International

Collegium Carolinum e.V., München 2013

1. Einleitung	4
2. Historische und weltpolitische Bedeutung Jáchymovs als Uranerzlagerstätte	11
3. Die unmittelbare Nachkriegszeit – eine Momentaufnahme	16
3.1 Nationale Souveränität und tschechoslowakisch-sowjetische Freundschaft	17
3.2 Wirtschaftliche Überlegungen	23
3.3 Anreize durch technische Investitionen	28
3.4 Gesellschaftspolitische Vorstellungen versus vertragliche Verpflichtungen	29
3.5 Worüber nicht diskutiert wurde	34
4. Ernüchternde Realität trotz schneller Produktionssteigerung	37
5. Die Uranerzindustrie nach der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948	42
6. Die fünfziger Jahre	50
6.1 Die erste Hälfte der fünfziger Jahre: Höhepunkt der Uranerzindustrie in Jáchymov in mehreren Hinsichten	50
6.2 Die zweite Hälfte der fünfziger Jahre: Stolz und Lobbyismus	53
7. Fazit	58
Quellen- und Literaturverzeichnis	64
Abkürzungsverzeichnis	72

1. Einleitung

Im Sommer 2007 lädt das Tschechische Zentrum in München zu einem Abend über das „Bad Jáchymov“ ein. Zwei Ärztinnen aus dem Kurhotel „Radium Palace“ tragen über die Vorzüge von Radon-Bädern¹ und deren über hundertjährige Tradition in Jáchymov vor. Die anhaltenden Nachfragen des überwiegend älteren Publikums zu den Behandlungsmöglichkeiten ihres Rheumas, Herzleidens oder ihrer Osteoporose müssen schließlich von den Veranstaltern abgebrochen werden, denn es soll an diesem Abend auch noch ein Film gezeigt werden. Der Film „Hotel Radium – die verbotene Stadt“² erzählt von einem ganz anderen Kapitel, welches mit eben diesem Rohstoff aus Jáchymov verbunden war: von der Förderung des Uranerzes für das sowjetische Atombombenprojekt und von Gefangenen, die zu Zwangsarbeit in den Minen verurteilt worden waren. Auch im Film kommt eine der Ärztinnen wieder zu Wort – damals noch in ihrer früheren Funktion als Bürgermeisterin der Stadt. Sie spricht sich dafür aus, dieses dunkle Kapitel der Geschichte zu vergessen, denn es zerstöre die Kuridylle und würde Kurgäste verschrecken. Unterschiedlicher könnten die an diesem Abend wohl unabsichtlich nebeneinander gestellten Bilder von Jáchymov, beziehungsweise der Umgang mit der Geschichte des Ortes, nicht sein.

Mit der Stadt Jáchymov verbinden wohl die wenigsten das von der Kurverwaltung gewählte Motto „Radon ist Energie, Energie ist Leben“³. Der Begriff „Jáchymov“ ist als Synonym für die nordböhmischen Uranerzminen sowie die daran angeschlossenen Gefangenen- beziehungsweise Zwangsarbeiterlager in das tschechische historische Gedächtnis eingegangen. Der Ort wird gedanklich eng verknüpft mit dem Leid der Lagerinsassen, die meist aus politischen Gründen verurteilt worden waren.

- 1 Radon ist ein radioaktives Edelgas, das aus dem Zerfall von Radium entsteht, welches seinerseits wiederum immer zusammen mit dem Element Uran auftritt.
- 2 „Hotel Radium – die verbotene Stadt“, ein Film von Peter Heller (2005).
- 3 Informationsbroschüre der Heilbad Jáchymov A.G. (*Léčebné lázně Jáchymov a.s.*) aus dem Jahr 2007.

Mitunter wird „Jáchymov“ heute als ein Hauptsymbol der kommunistischen Repressionen in der Tschechoslowakei wahrgenommen.⁴

Einige Autoren argumentieren, dass die Weichen für diese Entwicklung bereits im Jahr 1945 definitiv gestellt wurden. So beschreiben beispielsweise Rainer Karlsch und Zbyněk Zeman das Nationalunternehmen Jáchymov als „Einfallstor“ für den sowjetischen Einfluss in der Tschechoslowakei und vermuten, dass die Uranerzindustrie wohlmöglich das wichtigste Instrument für die Sowjetisierung der tschechoslowakischen Gesellschaft dargestellt habe.⁵ Als Schlüsselereignis gilt das am 23. November 1945 von der Tschechoslowakei mit der Sowjetunion eingegangene, streng geheime Abkommen über die Maximierung des Uranerzabbaus auf tschechoslowakischem Gebiet und die Lieferung des größten Teils dieses strategisch überaus wichtigen Rohstoffes an die Sowjetunion.⁶ Folgt man dieser Argumentationslinie, so machten die tschechoslowakischen Verantwortlichen mit der Entscheidung zum Abschluss dieses Vertrags den Weg für die Eingliederung ihres Staates in den damals entstehenden sowjetischen Block frei.

Dieser Eindruck kann sicherlich entstehen, wenn man aus der heutigen Perspektive auf den Uranvertrag und seine Folgen zurückblickt. Es lohnt sich jedoch, dieser Sichtweise eine genauere Analyse der Vorstellungen und Handlungsmotivationen der tschechoslowakischen politischen Akteure und Experten nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüberzustellen, weil dieses Bild dann revidiert werden muss.

4 Vgl. zum Beispiel Dvořák: *Těžba uranu versus „očista“ pohraničí*, S. 627.

5 Karlsch/Zeman: *Urangheimnisse*, S. 259. Die Uranerzindustrie habe die Entwicklung hin zu einer kommunistischen Herrschaft insofern begünstigt, als sie eine Atmosphäre der Angst und der Nervosität geschaffen habe. Dadurch, dass die Uranindustrie als einer der progressivsten Wirtschaftssektoren unter sowjetische Kontrolle gestellt wurde, hatte die Sowjetunion – so argumentiert Zeman – die Möglichkeit, auf die tschechoslowakische Innen- und Außenpolitik Einfluss zu nehmen. Zeman: *Československý uran a únor 1948*, S. 257. Zeman und Karlsch nennen jedoch keine konkreten Beispiele, die eine derartige Einflussnahme der Sowjetunion durch die Uranerzindustrie auf die tschechoslowakische Gesellschaft belegen würden.

6 Der vollständige und offizielle Name des Abkommens lautete „Vertrag über die Steigerung der Produktion von Erz und Konzentrat in der Tschechoslowakei, das Radium und andere radioaktive Elemente enthält, sowie über deren Lieferung an die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ [*Dohoda o rozšíření těžby rud a koncentrátů v Československu, obsahujících radium a jiné radioaktivní prvky, jakož i o jejich dodávkách Svazu Sovětských Socialistických Republik*]; SÚA, ÚV KSČ, sbírka 83, a.j. 250. Auch abgedruckt in Kaplan/Špiritová (Hgg.): *ČSR a SSSR*, S. 157 f.; erstmals veröffentlicht 1993 in: Kaplan/Pačl: *Tajný prostor Jáchymov*, 83 f. – Das Uranerz, das der eigentliche Gegenstand des Abkommens war, wurde im Vertragstext nicht direkt erwähnt, sondern immer nur umschrieben.

Das Ziel dieser Arbeit ist es einerseits, einen „Fächer“ an Vorstellungen und Wahrnehmungen, die es im Zusammenhang mit den Uranerzminen in Jáchymov gab, herauszuarbeiten (Kapitel 3). Dabei wird deutlich, dass unmittelbare existentielle Belange für die tschechoslowakischen Akteure im Vordergrund standen. Eine Eingliederung ihres Landes in den sich damals formierenden sozialistischen „Ostblock“ hatten sie damit nicht im Sinn. Vielmehr war im Jahr 1945 noch die Vorstellung verbreitet, die Tschechoslowakei könne in der Zukunft, trotz enger Beziehungen zur Sowjetunion, zwischen West und Ost stehen.⁷

Die Erwartungen an das Uranabkommen waren also bisweilen eng verknüpft mit allgemeinen Zukunftsvorstellungen⁸, die die tschechoslowakischen Akteure für ihr Land hatten. Sie sollen daher ebenfalls in diesem Zusammenhang näher betrachtet werden. Dabei fällt auf, dass Vorstellungen und Vorgehensweisen, die mit der Uranproblematik verbunden waren, in einigen Fällen den grundlegenden Prämissen der tschechoslowakischen Nachkriegspolitik (zum Beispiel im sicherheits-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereich) widersprachen – teils bereits in ihrer prinzipiellen Anlage, teils erst in ihrer späteren Entwicklung.

In weiteren Schritten soll in der vorliegenden Arbeit andererseits der Frage nachgegangen werden, wie sich die Vorstellungen und Wahrnehmungen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum Anfang der sechziger Jahre wandelten (Kapitel 4–6). Die Zusammenfassung dieser Ergebnisse bildet die Grundlage für eine Periodisierung der Entwicklung der tschechoslowakischen Uranerzindustrie (siehe Fazit).

Bei der Diskussion dieser Thesen wird zudem deutlich werden, dass es sich bei dem Nationalunternehmen Jáchymov nicht nur um ein sowjetisches, sondern ebenso um ein tschechoslowakisches Großprojekt⁹ handelte, denn auch tschechoslowakische Akteure waren maßgeblich an dessen Gestaltung beteiligt.

Die sowjetischen Handlungsmotive spielen für die hier relevante Fragestellung also ebenfalls eine Rolle. Sie werden jedoch nur an denjenigen Stellen erwähnt, wo

7 Vgl. zum Beispiel Smetana: *Sféry vlivu a Československo*, S. 62.

8 In dieser Arbeit wird allerdings nicht das Ziel verfolgt, allgemeine Zukunftsvorstellungen, die es in der Tschechoslowakei nach 1945 gab, umfassend darzustellen.

9 Ob es sich überhaupt um ein Großprojekt handelte, soll hier nicht weiter diskutiert oder bezweifelt werden. In dieser Arbeit wird davon ausgegangen, dass das Nationalunternehmen aufgrund seiner weitreichenden Bedeutung für die internationale wie für die tschechoslowakische Politik und Gesellschaft, sowie aufgrund seines schieren Umfangs als Großprojekt bezeichnet werden kann. Weiterführend vgl. Laak: *Weißer Elefant*. – Zum Vergleich mit so genannten sowjetischen Großprojekten: Josephson: *Projects of the Century*.

dies zum Verständnis wichtig erscheint. Der Fokus der Arbeit liegt dagegen eindeutig auf den Vorstellungen der tschechoslowakischen Akteure.

Dazu muss man sich zunächst vergegenwärtigen, welche Bedeutung Vorstellungen von der Zukunft, wie auch Wahrnehmungen der Gegenwart und der Vergangenheit haben und wodurch sie geprägt sind. „Es gibt keine Geschichte, ohne daß sie durch Erfahrungen und Erwartungen der handelnden oder leidenden Menschen konstituiert worden wäre.“¹⁰ Das von Reinhart Koselleck diskutierte Begriffspaar „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ verweist auf den Zusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Nur durch Erfahrung (gegenwärtige, bewusst oder unbewusst erinnerte Vergangenheit) kann es auch Erwartungen (vergegenwärtigte Zukunft) geben. Die Erwartung wird geprägt von subjektiven Gefühlen wie Hoffnungen, Ängsten, Wünschen, Sorgen oder Neugierde, aber auch von rationalen Analysen.¹¹

Eben diese Kategorien stellen die wesentlichen Parameter für die vorliegende Arbeit dar. Die Beeinflussung der Erwartungen durch Erfahrungen aus der Vergangenheit wird immer wieder thematisiert. Ein prominentes Beispiel für solch eine offensichtliche Beeinflussung stellte sicherlich die Erfahrung des „Münchener Abkommens“ für Edvard Beneš dar, der auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von einer zukünftigen potenziellen Gefahr von Seiten Deutschlands ausging.¹² Jedoch muss auch ausdrücklich betont werden, dass, obwohl die Begriffe „Erfahrung“ und „Erwartung“ hier klar einander gegenüber gestellt werden, es sich keineswegs um ein symmetrisches Begriffspaar handelt. Vergangenheit und Zukunft können nicht etwa spiegelbildlich einander zugeordnet werden.¹³ Die Erwartungsbildung ist ein komplexer Vorgang, in den unzählige Faktoren hinein spielen, die sich freilich nie alle benennen lassen. So kann und ist es auch nicht das Ziel dieser Arbeit, diesen Prozess im Detail zu rekonstruieren. Wo es die Quellenlage zulässt, werden jedoch mögliche Verbindungen aufgezeigt.

Noch einen Schritt weiter geht die Frage, inwiefern die Erwartungen das Handeln motivieren. Sicherlich besteht auch hier wiederum ein Zusammenhang, allerdings

10 Koselleck: *Vergangene Zukunft*, S. 351.

11 Koselleck: *Vergangene Zukunft*, S. 349–375 (Kapitel „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien). Koselleck diskutiert diese beiden Begriffe hier, um mit ihrer Hilfe deutlich zu machen, was geschichtliche Zeit ist. Aber auch ohne diesen Hintergrund sind die Bemerkungen zu Erfahrung und Erwartung nützlich.

12 Beneš: *Paměti*, S. 390.

13 Vgl. Koselleck: *Vergangene Zukunft*, S. 355.

ebenfalls kein absoluter. Dies gilt ebenso für den Rückschluss auf Erwartungen und Wahrnehmungen anhand von belegbaren Handlungen.

Für diese Arbeit wurden unterschiedliche methodische Ansatzpunkte verfolgt: Zum einen Äußerungen, aus denen sich unmittelbar eine Zukunftserwartung, Sichtweise, Intention, Hoffnung oder Furcht erkennen lässt; zum anderen aber auch Handlungen, aus denen man auf eine bestimmte Wahrnehmung oder Vorstellung schließen kann. Dass gerade mit letzterer Methode sehr feinfühlig verfahren werden muss, wird besonders deutlich in Kapitel 6.2, wo es darum geht, verschiedene Gründe, die für die Fortsetzung des Uranbergbaus sprachen, zu ermitteln.

Bei der Betrachtung von Wahrnehmungen, Erwartungen, Erfahrungen etc. hat man es also immer mit schwer fassbaren und ständig im Wandel befindlichen „Subjektivitäten“ zu tun. Erschwerend kommt bei dieser Arbeit hinzu, dass die Geschichte des Nationalunternehmens Jáchymov noch nicht umfassend aufgearbeitet ist, was insbesondere den Themenbereich betrifft, der hier von Interesse ist. Wie bereits die Gliederung der Arbeit widerspiegelt, sind die gegenwärtig verfügbaren Forschungsarbeiten für die unmittelbare Nachkriegszeit am umfangreichsten. Dagegen gibt es – bei der ohnehin sehr geringen Zahl an Publikationen zu Jáchymov – kaum Veröffentlichungen, die sich intensiv mit den fünfziger Jahren beschäftigen. Der allergrößte Teil der nach 1989 erschienenen Publikationen berührt nur die Ereignisgeschichte und ist von eher überblickshaftem Charakter. Dabei stehen überwiegend politik- und wirtschaftsgeschichtliche Aspekte im Vordergrund.¹⁴

Ein großer Mangel besteht an Studien, die bestimmte Fragestellungen multiperspektivisch analysieren und im gesamt-tschechoslowakischen Kontext verorten. In dieser Hinsicht stellt der Beitrag von Tomáš Dvořák, in dem die Migrationsbewegungen auf tschechoslowakischem Gebiet in den Nachkriegsjahren mit dem Arbeitskräftemangel in den Uranerzminen von Jáchymov in Verbindung gesetzt werden, eine erfreuliche Ausnahme dar.¹⁵

14 Vgl. vor allem Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*. In dieser auf umfangreichen Archivrecherchen basierenden Veröffentlichung befindet sich einerseits eine Darstellung der Geschichte des Nationalunternehmens Jáchymov (von Zeman), andererseits ein Kapitel zur Wismut AG in Ostdeutschland (von Karlsch). Kaplan/Pačl: *Tajný prostor Jáchymov*. Pluskal: *Poválečná historie Jáchymovského uranu*.

15 Dvořák: *Těžba uranu versus „očista“ pohraničí*.

Ein weiterer Teil der vorhandenen Literatur ist dem Themenkomplex der Gefangenen- und Zwangsarbeiterproblematik gewidmet.¹⁶ Dabei fällt auf, dass die Zahlen zu den in den Minen arbeitenden Gefangenen von Publikation zu Publikation stark variieren.

Schließlich existiert zum Thema Jáchymov auch eine beträchtliche Anzahl an nichtwissenschaftlichen Veröffentlichungen, die zwar in Anbetracht der Fragestellung dieser Arbeit weniger relevant sind, der Vollständigkeit halber aber auch in die Recherche einbezogen wurden. Es handelt sich zumeist um persönliche Erinnerungen ehemaliger Häftlinge.¹⁷

Die in der Zeit vor 1989 erschienene Literatur über die tschechoslowakische Uranerzindustrie ist durchweg einseitig und stark ideologisch gefärbt. Es handelt sich zum einen um Veröffentlichungen von staatlicher tschechoslowakischer Seite, die diesen unrentablen Industriezweig in den höchsten Tönen preisen.¹⁸ Zum anderen gibt es Beiträge von Politikern und Fachleuten, die in die Uranproblematik eingeweiht waren und nach der kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948 in den Westen emigrierten. Diese Veröffentlichungen zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass ihre Autoren jegliche Verantwortung für die ungünstigen Entwicklungen in der Tschechoslowakei von sich weisen und diese vielmehr den Kommunisten zuschieben.¹⁹

Dieser Arbeit dienen vor allem die beiden umfangreichen und ereignisgeschichtlich angelegten Publikationen über das Nationalunternehmen Jáchymov und die tschechoslowakische Uranerzindustrie von Rainer Karlsch und Zbyněk Zeman, beziehungsweise von Karel Kaplan und Vladimír Pacl als Grundlage.²⁰ In letztgenannter Publikation sind zudem einige relevante Archivdokumente abgedruckt.²¹ Für die

16 Vgl. beispielsweise Petrášová: *Vězeňské tábory*, S. 335–447. Janák: *Nasazení německých zajatců ze SSSR v Jáchymovských dolech*, S. 229–263.

17 Vgl. Klobas: *Jak se chodí v laně*. Srholec: *Licht aus der Tiefe der Lager*. Brodský: *Řešení gama*.

18 *30 let uranového průmyslu*.

19 Vgl. beispielsweise Kasperek: *Soviet Russia and Czechoslovakia's Uranium*, S. 97–105.

20 Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*. Kaplan/Pacl: *Tajný prostor Jáchymov*. Diese Publikation ist insofern zu kritisieren, als sämtliche Literatur- und Quellennachweise fehlen. Trotz dieses beträchtlichen Mangels kann sie aber als auf Quellen basierend angesehen werden, da sie inhaltlich mit der Veröffentlichung von Karlsch und Zeman in allen wichtigen Punkten übereinstimmt.

21 Als nützliche Quellenpublikation hat sich darüber hinaus erwiesen: Kaplan/Špiritová (Hgg.): *ČSR a SSSR*.

Nationalitätenproblematik hat sich außerdem der erst kürzlich erschienene und bereits genannte Beitrag von Tomáš Dvořák als sehr aufschlussreich erwiesen.²²

Für die vorliegende Arbeit wurde dieses Material auf die Äußerungen, Wahrnehmungen, Erwartungen und Handlungen der tschechoslowakischen Politiker untersucht. Zudem konnten Memoiren und Biographien Einblicke in die Vorstellungen, die die Akteure von der zukünftigen Rolle der Tschechoslowakei hatten, geben.²³ Ergänzend wurden Darstellungen der politischen und wirtschaftlichen tschechoslowakischen Nachkriegsgeschichte, wie auch der Sozialgeschichte herangezogen.

Aufgrund der bisherigen lückenhaften Aufarbeitung des hier behandelten Themas, hat sich für diese Arbeit die Schwierigkeit ergeben, dass bestimmte Wahrnehmungen und Vorstellungen nicht immer konkreten Personen zugeschrieben werden konnten, da in der Literatur nicht weiter differenziert wurde. Dies gilt in besonderem Maße für die Zeit der fünfziger Jahre. Oft mussten deshalb Sammelbegriffe, wie zum Beispiel „die tschechoslowakische Seite“ oder „die tschechoslowakischen Akteure“, verwendet werden. Um ein genaueres und umfassenderes Bild zu erhalten, wären eingehende Archivrecherchen notwendig.²⁴

22 Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí.

23 Vor allem Beneš: Paměti.

24 Relevante Aktenbestände wären vor allem im Archiv des Innen- und des Industrieministeriums, sowie im Archiv für Auswärtige Angelegenheiten (Generalsekretariat) zu finden. Besonders für die Zeit nach 1948 wäre auch das Archiv des Zentralkomitees der KSČ (Staatliches Zentralarchiv) zu berücksichtigen. Neben diesen Archiven, die sich alle in Prag befinden, gibt es auch in regionalen Archiven Akten, die hier von Interesse sind: im Staatlichen Gebietsarchiv Karlovy Vary (Karlsbad) und im Archiv DIAMO in Příbram (Pibrans), das einen eigenen Bestand zu den Minen in Jáchymov führt. Bezüglich der Gefangen- und Zwangsarbeiterproblematik findet man Dokumente im Zentralarchiv des Gefangendienstes.

2. Historische und weltpolitische Bedeutung Jáchymovs als Uranerzlagerstätte

Das hier behandelte Thema muss in mehrere tschechoslowakische Kontexte, aber auch weltpolitische Hintergründe eingebettet werden. So spielten die Vorboten des Kalten Krieges eine entscheidende Rolle für Jáchymov. Als die Amerikaner im Sommer 1945 Atombomben über Japan abwarfen, forderte auch der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Josef Stalin, den sofortigen Bau einer sowjetischen Atombombe.²⁵ Bereits in den Jahren zuvor hatte sich die sowjetische Atomwissenschaft zu entwickeln begonnen; ihr wurde allerdings keine Priorität beigemessen. Darüber hinaus wurde an der Umsetzbarkeit des Baus einer Atombombe noch gezweifelt. Die Entwicklung verlief deshalb, sowie auch durch den Krieg bedingt, nur schleppend.²⁶ Mit dem Abwurf der amerikanischen Bomben offenbarte sich sodann der technische Rückstand der Sowjetunion gegenüber den USA. Die Atombombe war nicht nur eine gewaltige Waffe, die sich auf das Mächtegleichgewicht der Nachkriegszeit auswirkte, sie war auch Symbol für die wirtschaftliche und technologische Macht eines Staates. Stalin sah sein Land durch das Atombombenmonopol seiner ehemaligen Kriegsverbündeten unmittelbar bedroht.²⁷ Ferner traten bereits Spannungen zwischen den Alliierten bezüglich des sowjetischen Vorgehens in Ostmitteleuropa auf. Es galt für die Sowjetunion nicht nur, eine Gegenmacht aufzubauen, um das bilaterale Ordnungssystem der aus dem Zwei-

25 Dass der Abwurf der amerikanischen Atombomben Stalins Entscheidung unmittelbar beeinflusste, belegt eine Reihe von Studien. Vgl. beispielsweise Holloway: *Stalin and the Bomb*, S. 132 f. Heinemann-Grüder: *Die Anfänge des sowjetischen Atomprojektes*, S. 15 und S. 44 f. Romer: *La guerre nucléaire de Staline à Khrouchtchev*, S. 16.

26 Für eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der sowjetischen Atomwissenschaft vor 1945 vgl. Heinemann-Grüder: *Die Anfänge des sowjetischen Atomprojektes*, S. 15–39. Holloway: *Stalin and the Bomb*, S. 8–115.

27 Vgl. Zubok/Pleshakov: *Inside the Kremlin's Cold War*, S. 40.

ten Weltkrieg hervorgegangenen Supermächte aufrecht zu erhalten. Es ging nicht zuletzt auch um den ideologischen Wettstreit, um die Demonstration der Überlegenheit des sozialistischen Gesellschaftssystems gegenüber dem demokratisch-liberalen beziehungsweise kapitalistischen Gesellschaftssystem. Wollte sich die Sowjetunion nicht Amerika unterordnen, musste sie den Weg einer „konfrontativ-kämpferischen Konfliktregulierung“²⁸ gehen. Diese Entscheidung zeichnete die Zukunft für die Sowjetunion gewissermaßen vor, was – besonders infolge des Uranvertrags – auch für die Tschechoslowakei dementsprechende Auswirkungen hatte.

Ein Hindernis für die Entwicklung einer sowjetischen Atombombe war der Mangel an Uran, die so genannte Uranlücke²⁹. In der Sowjetunion selbst hatte man nur sehr geringe Vorkommen gefunden. Mitte der vierziger Jahre waren ergiebige Uranerzressourcen, abgesehen von den Lagerstätten im Erzgebirge, überhaupt nur in Kanada und im damaligen Belgisch-Kongo bekannt. Auf der Suche nach Uranerz begleiteten die nach Westen vorrückende Rote Armee geologische Mannschaften, die im August 1945 auch die Minen von Jáchymov inspizierten.³⁰ Aufgrund der dort vorgefundenen Lagerstätten des strategischen Rohstoffes rückte Jáchymov bald in den „Brennpunkt der Weltpolitik“³¹.

Des Weiteren ist das Thema dieser Arbeit vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Lage der Tschechoslowakei in der Nachkriegszeit zu sehen. Die tschechoslowakische Exilregierung traf kurz nach Kriegsende in Prag ein und übernahm die Macht. Ihr Vorsitzender war der Sozialdemokrat Zdeněk Fierlinger.³² Die stärkste Regierungsfraktion stellten die Kommunisten (tschechische und slowakische Kommunisten zusammengezählt), die acht der 25 Ministerposten innehatten.³³

28 Link: Die Entwicklung des Ost-West-Konflikts, S. 252.

29 Den Begriff „Uranlücke“ findet man zum Beispiel bei Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 38. Heinemann-Grüder: Die Anfänge des sowjetischen Atomprojektes, S. 15. Vgl. auch Picugin: Aus der Geschichte des sowjetischen Atomprojekts, S. 53 f.

30 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 39.

31 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 39.

32 Zdeněk Fierlinger spielte als tschechoslowakischer Verhandlungsführer zum Abkommen über die Uranerzförderung eine entscheidende und umstrittene Rolle und ist deshalb einer der wichtigen zu untersuchenden Akteure in dieser Arbeit.

33 In der ersten Regierung stellten die tschechischen Kommunisten (*Komunistická strana Československa*, KSČ) und die slowakischen Kommunisten (*Komunistická strana Slovenska*, KSS) jeweils vier Minister, die Volkssozialisten (*Československá strana národně socialistická*, ČSNS), die Sozialdemokraten (*Československá sociální demokracie*, ČSSD) und die Tschechoslowakische Volkspartei (*Československá strana lidová*, ČSL) jeweils drei, die slowakischen Demokraten

Die Stimmung in der Nachkriegs-tschechoslowakei kann man als freundlich gegenüber der Sowjetunion wie auch gegenüber dem sozialistischen Gesellschaftssystem bezeichnen.³⁴ Dies schlug sich auch in den Wahlen 1946 nieder, durch die der Kommunist Klement Gottwald Ministerpräsident wurde.

Das amerikanische wie auch das sowjetische Militär³⁵ hatten nach wenigen Monaten das Territorium der Tschechoslowakei wieder verlassen und das Land konzentrierte sich nun mit aller Kraft auf den Wiederaufbau der Republik. In der tschechoslowakischen Gesellschaft entfaltete sich angesichts der Wiederentstehung ihres Staates allerdings auch eine Art nationale Begeisterung, bisweilen eine Welle des Nationalismus, die einen starken antideutschen Charakter hatte.³⁶ In dieser Hinsicht ist das hier behandelte Thema auch vor dem Hintergrund der Vertreibung und Aussiedlung³⁷ der deutschen Minderheit aus der Tschechoslowakei in der Nachkriegszeit zu sehen. Besonders relevant ist diese Problematik hier deshalb, weil die Einwohner der Stadt Jáchymov bis Kriegsende zum größten Teil Deutsche waren.³⁸

Um den in der Einleitung erwähnten Zusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auch inhaltlich zu füllen, sind an dieser Stelle schließlich noch einige Bemerkungen zur Geschichte von Jáchymov zu machen, welche eng mit der Geschichte der Nutzung des Uranerzes verbunden ist. Die alte Bergbaustadt³⁹ war bis

(*Demokratická strana*, DS) stellten vier Minister und weitere vier Minister gehörten keiner Partei an.

34 Die Sowjetunion wurde vor allem als Befreier der Tschechoslowakei von den Deutschen wahrgenommen. Vgl. Kaplan: *Der kurze Marsch*, S. 85 und S. 93.

35 Gegen die Vereinbarung, alle Truppen aus der Tschechoslowakei abzuziehen, verstieß die Sowjetunion insofern, als im September 1945 drei Einheiten der Roten Armee die Minen von Jáchymov besetzt hielten und Zugangsbeschränkungen verhängten. Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 78.

36 Vgl. Kaplan: *Der kurze Marsch*, S. 31. Ebenso richtete sich der Nationalismus gegen die ungarische Bevölkerung in der Tschechoslowakei. Da sich Jáchymov im Nordwesten von Böhmen befindet, sind die Entwicklungen bezüglich der ungarischen Minderheit, die vor allem im Osten der Republik siedelte, für dieses Thema allerdings weniger relevant.

37 In Anlehnung an Adrian von Arburg soll der Begriff „Vertreibung“ für den Abschnitt der sogenannten unregelmäßigen, „wild“en Vertreibung der deutschen Bevölkerung (etwa von Mai bis August 1945) verwendet werden. Als „Aussiedlung“ soll dagegen die mehr oder weniger geordnete Überführung der deutschen Bevölkerung in die amerikanische und sowjetische Besatzungszone Deutschlands und nach Österreich bezeichnet werden. Die Aussiedlung hatte ihren zeitlichen Schwerpunkt im Jahr 1946. Arburg: *Osídlování*, S. 110–114.

38 Diese Thematik wird vor allem in den Kapiteln 3.4 und 5 behandelt.

39 Zinn- und Silberabbau sind an diesem Ort bereits seit dem 12. bzw. dem 14. Jahrhundert belegt. Im Jahr 1520 wurde die Stadt Jáchymov aus der vormaligen Siedlung Konradsgrün gegründet. Sie erlebte im 16. Jahrhundert ihre Blütezeit, als der Handel florierte und ihr das Münzrecht verliehen

zum Ende des Zweiten Weltkrieges bekannter unter ihrem deutschen Namen St. Joachimsthal⁴⁰; ihre Einwohner waren mehrheitlich deutsch. Erst in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts zogen zunehmend Tschechen in die Stadt.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts spielte das Uran in zweierlei Hinsicht eine Rolle in Jáchymov. Bereits seit Ende des 18. Jahrhunderts war bekannt, dass das üblicherweise als Abfallprodukt bei der Gewinnung von Edelmetallen bezeichnete Erz (die so genannte Pechblende) eine bisher unbekannte metallische Substanz enthielt: das Uran. Das Uranoxid eignete sich zum Färben von Keramik und Glas, später stellte man auch leuchtende Farben her (etwa für die Bemalung von Uhrzeigern oder Flugzeugen). Die 1853 in Jáchymov gegründete staatliche Uranfarbenfabrik machte sich einen Namen als weltweiter Exporteur der Farben. Die Uranfarbenindustrie erreichte in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt.

Die zwanziger Jahre waren ebenfalls die Blütezeit des Kurwesens in Jáchymov. Seit der Entdeckung der Radioaktivität⁴¹ des Urans dachte man über dessen medizinische Nutzung nach. Der Kurbetrieb wurde im großen und pompösen Stil aufgebaut, den Gästen standen Bäder und Luftkuren zur Verfügung. Des Weiteren stellte die in Jáchymov ansässige Firma „Radiumchema“ jegliche mit Radium versetzte Kosmetika her und bot leuchtende Souvenirs an, die zum Teil schwerwiegende gesundheitliche Folgen nach sich zogen. Überhaupt schien damals die Formel „Mehr hilft mehr“ gegolten zu haben. So warb man in der Stadt Jáchymov damit, die „stärksten radioaktiven Thermalbäder der Welt“⁴² vorweisen zu können. Einige tschechoslowakische Po-

wurde. Die „Joachimsthaler“ wurden zu einer der wichtigsten Währungen in Europa in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Zu dieser Zeit erreichte die Stadt eine Einwohnerzahl von 18200 und war damit im Böhmisches Königreich die zweitgrößte Stadt nach Prag. Später hatte der Bergbau in Jáchymov unter dem Import der Edelmetalle aus der „Neuen Welt“ zu leiden, in dessen Folge die Nachfrage nach böhmischen Erzen drastisch zurückging und schließlich auch ein großer Teil der Bevölkerung abwanderte. Vgl. Braunbeck: Der strahlende Doppeladler. Karlsch/Zeman: Ur-angeheimnisse, S. 46–55. Zur Blütezeit im 16. Jahrhundert siehe folgende detaillierte ältere, aber verglichen mit neuen Publikationen noch immer aktuelle Veröffentlichung: Lorenz: Bilder aus Alt-Joachimsthal.

40 In dieser Arbeit soll jedoch der heute offizielle Name der Stadt „Jáchymov“ verwendet werden.

41 Antoine Henri Becquerel entdeckte im Jahr 1896 die natürliche Radioaktivität des Urans; 1898 fanden Pierre und Marie Curie in der Pechblende von Jáchymov die Elemente Radium und Polonium. Für eine Geschichte der Radioaktivität vgl. Caufield: Das strahlende Zeitalter.

42 Werbebroschüre des „Radium-Palace-Hotels“. Während auch heute noch Radon-Bäder (wenn auch geringer dosiert) angewendet werden, gilt das Element Radium spätestens seit den fünfziger Jahren als höchst gesundheitsschädlich. Es weist sogar eine höhere Radioaktivität auf als Uran. Der Benennung des Palace Hotels nach dem Element Radium (und nicht etwa nach Radon) erklärt

litiker wollten auch nach dem Zweiten Weltkrieg an die Kurtradition anknüpfen, sodass im Jahr 1945 die Frage nach dem Kurbetrieb in der Diskussion um die Zukunft der Stadt und der Rohstofflagerstätten wieder auftauchte. Dass sich das Kurwesen nicht gegen den Uranerzabbau „durchsetzen“ konnte und auch nicht parallel laufen konnte, liegt auf der Hand.

Während der Zeit der deutschen Besatzung waren in den Minen von Jáchymov Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter beschäftigt gewesen. Obwohl sich zu dieser Zeit die Atomwissenschaft (auch in Deutschland) zu entwickeln begann und einige diesbezügliche Untersuchungen der Lagerstätten in Jáchymov von deutschen Wissenschaftlern durchgeführt wurden, kam man in dieser Zeit zu keinen nennenswerten wissenschaftlichen, technischen und schon gar nicht wirtschaftlichen Fortschritten.⁴³

Dass in Jáchymov Uranerzvorkommen lagerten, war also auch international bekannt. Ob man damals schon ahnte, wie groß die Vorkommen waren, ist jedoch nicht eindeutig zu beantworten. Da bislang keinerlei Dokumente aufgetaucht sind, die Gegenteiliges belegen, kann man davon ausgehen, dass weder die USA (deren Truppen Westböhmen Ende des Zweiten Weltkrieges einnahmen), noch die Sowjetunion (deren Rote Armee dieses Gebiet kurze Zeit später von den Amerikanern übernahm) über den Umfang der Lagerstätten Bescheid wussten.⁴⁴ Im Gegenteil belegen eher skeptische amerikanische Meldungen über mögliche Uranerzvorkommen die zur damaligen Zeit noch unklaren Perspektiven für die Urangewinnung im Erzgebirge.⁴⁵ Noch bis in das Jahr 1948 finden sich Meldungen, in denen das amerikanische Militär den Uranerzminen im Erzgebirge nur geringen Wert beimaß.⁴⁶

sich aus der Anfang des 20. Jahrhunderts verbreiteten Annahme, Radium habe eine positive gesundheitliche Wirkung.

43 Für die Zeit der deutschen Besetzung vgl. Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 58–66.

44 Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 37.

45 Schmidt: *Vorgeschichte, Beginn und Frühzeit der Uranerzgewinnung*, S. 86.

46 Vgl. Naimark: *Die Russen in Deutschland*, S. 297. Vgl. auch Helmreich: *Gathering Rare Ores*, S. 173, auch S. 42, 70 und 256.

3. Die unmittelbare Nachkriegszeit – eine Momentaufnahme

Dem Vertragsabschluss über die Förderung und Lieferung des tschechoslowakischen Uranerzes am 23. November 1945 gingen etwa drei- bis viermonatige Verhandlungen voraus.⁴⁷ Sie waren streng geheim und verliefen unter dem Kodennamen „Ch“ (für *chalupa*, deutsch: Hütte).⁴⁸ Der Verhandlungsführer für die tschechoslowakische Seite war Zdeněk Fierlinger⁴⁹, der damalige Vorsitzende der Regierung. Für die Sowjetunion verhandelten insbesondere der sowjetische Botschafter in Prag, Valerian Zorin, und Ivan Bakulin vom Ministerium für Außenhandel, der sich ebenfalls in Prag aufhielt. Fierlinger führte die Verhandlungen für die Tschechoslowakei weitestgehend eigenmächtig; auch den Präsidenten Edvard Beneš unterrichtete er über den Stand der Verhandlungen nur, wenn „er es für nötig erachtete“⁵⁰. Die Verhandlungen waren geprägt durch Vorschläge und Gegenvorschläge, die sich schließlich einander annähernten.⁵¹ Die Sowjetunion drängte auf einen schnellen Vertragsabschluss und eine ma-

47 Zeman: Der tschechoslowakisch-sowjetische Uranvertrag, S. 62.

48 Vgl. Lepka: Český uran, S. 9. Zeman: Der tschechoslowakisch-sowjetische Uranvertrag, S. 66.

49 Zdeněk Fierlinger zeichnete sich in seiner politischen Laufbahn, so auch bei den Verhandlungen um den Uranvertrag, als Parteigänger Moskaus aus. Er scheint von dem sowjetischen Staatssystem beeindruckt gewesen zu sein und war 1948 als damaliger Vorsitzender der ČSSD für die kommunistische Machtübernahme mitverantwortlich. Vgl. Kaplan: Der kurze Marsch, S. 48 f., S. 142–144, S. 193 f. und besonders S. 293. Karlsch und Zeman beschreiben Fierlingers Verhandlungsstil bezüglich des Uranerzverkaufs an die Sowjetunion folgendermaßen: „Er würde sein Bestes tun, um die sowjetische Seite zufrieden zu stellen, und zugleich die tschechoslowakischen Interessen so gut es ging zu wahren.“ Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 82. Die Behauptung, dass für Fierlinger die sowjetischen Interessen vorrangig waren, stützt auch die weitere für diese Arbeit durchgesehene Literatur. Vgl. beispielsweise Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov (besonders S. 9).

50 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 79.

51 Zum Verlauf der Verhandlungen vgl. Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 7–13. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 79–84.

ximale Förderung, und sie wollte möglichst die alleinige Kontrolle über das Unternehmen ausüben. Gerade letzteres war für die Tschechoslowakei nicht akzeptabel.

Die Erwartungen der tschechoslowakischen Akteure an den Uranvertrag, sowie ihre Wahrnehmung der Uranproblematik soll in diesem Kapitel im Detail erörtert werden. Besonderer Wert wird darauf gelegt, die Wahrnehmungen, Erwartungen und Zukunftsvorstellungen im Kontext der tschechoslowakischen Nachkriegsgesellschaft zu betrachten.

3.1 Nationale Souveränität und tschechoslowakisch-sowjetische Freundschaft

Als die tschechoslowakische Administration Anfang Juli 1945 die Leitung des Bergbaus von Jáchymov übernahm, wurde am Eingang der Minen ein Hinweisschild mit der Aufschrift „Tento objekt je majetkem čsl. státu“ (Dieses Objekt ist Eigentum des tschechoslowakischen Staates) aufgehängt.⁵² Der Staat hatte das Bergwerk im Zuge der wirtschaftlichen Reformen zum nationalen Eigentum erklärt. Die tschechoslowakische Seite bestand zunächst auch bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Uranerzförderung auf ihrer vollen Souveränität – sie wollte den Uranerzbergbau in eigener Regie führen.⁵³ Nach einem ersten Vertragsvorschlag, den Zdeněk Fierlinger dem sowjetischen Botschafter in Prag, Valerian Zorin, am 19. September 1945 unterbreitete, sollten die Uranerzlagerstätten in tschechoslowakischem Staatsbesitz verbleiben und das Unternehmen sollte unter tschechoslowakischer staatlicher Aufsicht beziehungsweise Führung laufen.⁵⁴ Demgegenüber legten die Sowjets einen Entwurf vor, in dem sie die Bildung einer gemeinsamen sowjetisch-tschechoslowakischen Aktiengesellschaft vorschlugen.⁵⁵

Die tschechoslowakische Seite bestand jedoch fest darauf, dass die Minen im alleinigen tschechoslowakischen Staatsbesitz blieben. Bei der Besprechung mit sowjetischen Vertretern am 26. September 1945 machte Fierlinger weitere Vertragsverhandlungen abhängig von diesem Zugeständnis: „Unser letztes Argument ist, dass es

52 Lepka: Český uran, S. 7.

53 Karlsch/Zeman: Urangheimnisse, S. 79 f. Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 8.

54 Lepka: Český uran, S. 9.

55 Lepka: Český uran, S. 9. Eine solche gemischte Aktiengesellschaft legte beispielsweise der Vertrag zwischen der Sowjetunion und Bulgarien vom 17. Oktober 1945 zur Förderung des bulgarischen Uranerzes, oder auch der im August 1953 geschlossene Vertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR fest.

unser Projekt sein wird.“⁵⁶ Er bat um die Prüfung dieses Antrags, der Grundlage für weitere Verhandlungen sein sollte.⁵⁷

Dass es jedoch letztendlich vor allem darum ging, dass es nach außen so aussehen würde, als ob sich die Uranminen als Teil eines strategischen Industriezweiges in tschechoslowakischem Staatseigentum befinden würden, zeigt folgender Ausschnitt aus einer geheimen Depesche Fierlingers vom 16. Oktober 1945 an den damaligen tschechoslowakischen Botschafter in Moskau, Jiří Horák, in der er diesen bat, gerade aufgrund dieses Punktes nochmals auf den sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow⁵⁸ zuzugehen:

Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, dass sich eine andere, passendere Form für unsere Zusammenarbeit finden lässt. Die Form einer tschechoslowakisch-sowjetischen Gesellschaft, das heißt ein Gemeinschaftsunternehmen zweier Staaten auf dem Boden eines dieser Staaten, ist für uns eine neue und ungewohnte Form und kann als Zugeständnis interpretiert werden. Dies ist für uns nicht tragbar, insbesondere in diesem Augenblick, in dem wir einen großangelegten Plan zur Nationalisierung unserer Groß- und Schlüsselindustrien, unserer Banken und Versicherungen durchführen, der eine vollständige Nationalisierung aller mineralischen Vorkommen und aller Bergbau-Unternehmen beinhaltet. Ebenfalls psychologisch würde dies hier nicht gut aufgenommen werden und könnte politisch ausgenutzt werden. [...] Ich habe deswegen vorgeschlagen, dass mit dem Abbau des Erzes in Jáchymov ein [tschechoslowakisches] staatliches Unternehmen, ein so genanntes Nationalunternehmen in unserer neuen Terminologie, beauftragt wird, welches sodann ein spezielles Abkommen mit einem entsprechenden sowjetischen Unterneh-

56 Záznam o poradě československé vládní delegace se zástupci SSSR dne 26. září 1945 o uspořádání podniku na těžbu uranové rudy v ČSR [Niederschrift der Beratung der tschechoslowakischen Regierungsdelegation mit den Vertretern der UdSSR am 26. September 1945 über die Zusammenarbeit bei der Förderung des Uranerzes in der Tschechoslowakei]. Abgedruckt bei Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 80 (diese, wie auch alle folgenden Übersetzungen aus dem Tschechischen von der Autorin).

57 Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 80.

58 Der sowjetische Außenminister Molotow hatte sich zuvor persönlich in die Verhandlungen eingeschaltet, um deren Fortgang zu beschleunigen und den Vertrag so rasch wie möglich zum Abschluss zu bringen. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 81.

men schließen könnte. Das Abkommen könnte alle Bedingungen, die von sowjetischer Seite für nötig gehalten werden, beinhalten [...].⁵⁹

Mit seiner Behauptung, dass eine internationale Unternehmensform für die Tschechoslowakei nicht tragbar sei, schien Fierlinger die Reaktion der tschechoslowakischen Minister richtig eingeschätzt zu haben. Als er am 17. November 1945 das kleine Kabinett⁶⁰ über die laufenden Verhandlungen informierte, forderten die Minister, insbesondere der stellvertretende Ministerpräsident Jaroslav Stránský, dass die Kontrolle über den Betrieb bei den Tschechoslowaken liegen müsse.⁶¹ Schließlich einigte man sich auf die Form eines tschechoslowakischen Nationalunternehmens (*národní podnik*)⁶², welches jedoch von einer vierköpfigen Kommission geleitet werden sollte, die sich aus jeweils zwei Vertretern beider Seiten zusammensetzte.

De facto bedeutete diese Regelung jedoch durchaus die Aufgabe der tschechoslowakischen Hoheit in Jáchymov. Die sowjetischen Vertreter übernahmen die führende Rolle in der Planung des Uranerzabbaus sowie die technische Leitung. Die offizielle Bezeichnung der Minen von Jáchymov als Nationalunternehmen sollte eine

59 Tajná depeše ministerského předsedy Z. Fierlingera československému velvyslanci J. Horákovi do Moskvy s pokyny pro postup v jednání o československo-sovětské spolupráci při těžbě a využívání uranové rudy [Geheime Depesche des Ministerpräsidenten Z. Fierlinger an den tschechoslowakischen Botschafter J. Horák nach Moskau mit der Anweisung zum Intervenieren in den Verhandlungen über die tschechoslowakisch-sowjetische Zusammenarbeit bei der Förderung und Nutzung des Uranerzes] vom 16.10.1945. AMZV, GS-A, SSSR, obal 35, čj. 50193/GS/45, kr. 188. Abgedruckt bei Kaplan/Špiritová: (Hgg.): ČSR a SSSR, S. 139 f.

60 Dem kleinen Kabinett, auch als Regierungspräsidium bezeichnet, gehörten der Regierungsvorsitzende und seine fünf Stellvertreter an, die gleichzeitig die verschiedenen politischen Parteien repräsentierten. Zum hier behandelten Zeitpunkt waren die Mitglieder Klement Gottwald (KSČ), Jaroslav Stránský (ČSNS), Viliam Široký (KSS), Jan Šrámek (ČSL) und Ján Ursíny (DS). In dieser Zusammensetzung bestand das kleine Kabinett in der Zeit vom 6. November 1945 bis 2. Juli 1946.

61 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 82.

62 Im Zuge der Verstaatlichungen kam es zu Veränderungen in der Unternehmenslandschaft. Einzelne Betriebe wurden zu sogenannten Nationalunternehmen (*národní podniky*) zusammengefasst, um die Leitung zu erleichtern und besser kontrollieren zu können. Die in der unmittelbaren Nachkriegszeit in der Tschechoslowakei existierenden 3 348 Betriebe wurden bis Ende des Jahres 1947 in 321 Nationalunternehmen reorganisiert; das heißt, jedes Nationalunternehmen bestand durchschnittlich aus etwa 10 Betrieben. Die Nationalunternehmen waren zu diesem Zeitpunkt noch selbstständige, nichtstaatliche Rechtssubjekte, für die marktwirtschaftliche Prinzipien galten. Šulc: Stručné dějiny ekonomických reforem v Československu, S. 15. Das Nationalunternehmen Jáchymov bildete sich aus denjenigen Bergstollen, die auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch im Betrieb waren: dem „Werner-Schacht“ (später umbenannt in „Rovnost“/Gleichheit) und den „Stollen der Sächsischen Edelleute“ (später „Bratrství“/Brüderlichkeit und „Svornost“/Eintracht).

Übereinstimmung der dortigen Entwicklungen mit der offiziellen tschechoslowakischen Regierungspolitik der Nachkriegszeit vortäuschen, beziehungsweise verdecken, dass das eigentliche Vorgehen bezüglich der Uranerzlagerstätten der offiziellen Politik der Nationalisierung und Verstaatlichung widersprach.

Dass die tschechoslowakische Seite dies in Kauf nahm, deutet bereits darauf hin, dass das Abkommen an anderen Stellen als besonders attraktiv von ihr wahrgenommen wurde. Bemerkenswerterweise lässt sich eine Reihe dieser Argumente ebenfalls in die Kategorie „Nationale Souveränität“ einordnen. Besonders sicherheitspolitische Gedanken spielten für die Tschechoslowakei eine Rolle bei dem Abschluss des Uranvertrags. Der nach dem Zweiten Weltkrieg wieder neu entstandene tschechoslowakische Staat war äußerst bedacht darauf, seine Eigenständigkeit zu bewahren. Die Erinnerungen an das „Münchener Abkommen“ waren noch frisch. Bei einer engen wirtschaftlichen Kooperation konnte man auch sowjetische Unterstützung im Falle einer Bedrohung erwarten.⁶³ Konkret bot die Sowjetunion der Tschechoslowakei im Zuge der Verhandlungen auch Hilfe bei der Lösung der Gebietsansprüche an, welche die Tschechoslowakei 1945 gegenüber Polen und Österreich hegte.

Der bestehenden Literatur zufolge scheint es, dass gerade diese sicherheitspolitischen Argumente Edvard Beneš, der besonders dem Punkt, dass das gesamte Uranerz in die Sowjetunion exportiert werden sollte, nicht zustimmen wollte, schließlich überzeugten.⁶⁴ Beneš selbst hatte einige Monate zuvor Hilfe von den Sowjets zur Lösung des „Těšín-Problems“⁶⁵ gefordert.⁶⁶ Ebenso sah Beneš bereits 1943 die Sowjet-

63 Diese Argumentationslinie erscheint so betrachtet eigentlich unstimmig, denn auch im Herbst 1938 war die Sowjetunion, trotz offiziell angebotener Hilfe, der Tschechoslowakei nicht beigegeben. In der tschechoslowakischen und sowjetischen Historiographie hielt sich (unter anderem aus propagandistischen Gründen) trotzdem jahrelang die Vorstellung, dass die Sowjetunion in diesem Schicksalsjahr zu großzügiger Hilfe bereit gewesen sei. Warum die Hilfe nicht geleistet wurde, konnte dabei allerdings vor allem von tschechoslowakischer Seite nicht erfolgreich erklärt werden. Paradoxerweise wurde das Bild von der Sowjetunion als „Beschützer“ der Tschechoslowakei gerade von nichtkommunistischen Politikern und Autoren, wie Edvard Beneš und Hubert Ripka, in die tschechoslowakische Gesellschaft hineingetragen. So argumentiert Ivan Pfaff, der sich der Aufdeckung der „Legende von 1938“ widmet und den tschechoslowakischen Politikern unter anderem Dilettantismus und eine geringe Weitsichtigkeit vorwirft. Pfaff: Die Sowjetunion und die Verteidigung der Tschechoslowakei, hier besonders S. 6–8 und S. 482. Vgl. auch Beneš: Paměti. Beneš: Demokracie dnes a zítra. Beneš: Šest let exilu. Ripka: Munich. Zur Historiographie von „München“ in verschiedenen Ländern vgl. Taubert: (Hg.): Mythos München.

64 Karlsch/Zeman: Urangheimnisse, S. 80. Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 10.

65 Die Stadt an der Grenze zu Polen war als Folge des Ersten Weltkrieges zwischen Polen und der Tschechoslowakei geteilt worden. Am 2. Oktober 1938, das heißt kurz nach dem Abschluss des Münchener Abkommens, besetzten polnische Truppen den tschechoslowakischen Stadtteil. Unter

union als zukünftigen Garanten der Sicherheit der tschechoslowakischen Grenzen an.⁶⁷ Er betrachtete weiterhin Deutschland – obwohl dieses bereits besiegt war – als vorrangige Bedrohung für die Tschechoslowakei.⁶⁸ Nachdem 1938 die westlichen Verbündeten der Tschechoslowakei nicht beigestanden hatten, schien „die Macht der Sowjetunion [...] ihm der beste Schutz für die Tschechoslowakei zu sein.“⁶⁹

Die Darstellung von Karlsch und Zeman hinterlässt allerdings eher den Eindruck, dass es Fierlinger durch geschickte Argumentation, und vor allem mit der Herausstellung der sicherheitspolitischen Vorteile, gelang, den gesundheitlich angeschlagenen und schon nicht mehr ganz jungen Beneš zu überzeugen.⁷⁰

Bei der Mehrheit der Regierungsmitglieder war ebenfalls der Glaube verbreitet, dass ein Bündnis mit der Sowjetunion eine Garantie für die Sicherheit des Staates beziehungsweise einen Schutz vor einem eventuellen deutschen Angriff darstellen würde.⁷¹ Wie Karel Kaplan schreibt, betrachteten die tschechoslowakischen Politiker das Bündnis mit der Sowjetunion als ein außenpolitisches Ziel, das „weder bezweifelt noch diskutiert werden durfte“⁷². So stimmten die Minister – als sie von Fierlinger

sowjetischer Vermittlung einigte man sich im März 1947 auf die Wiederherstellung der Teilung, wie sie vor Oktober 1938 gewesen war. Kaplan: Československo v letech 1945–1948, S. 11 f.

66 Vgl. Zeman: Edvard Beneš, S. 245.

67 Zum 1943 abgeschlossenen Freundschaftsabkommen zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei äußerte sich Beneš in seinen Erinnerungen folgendermaßen: „Für uns [den tschechoslowakischen Staat, A. B.] bedeutet das Abkommen durch seinen ganzen Charakter, seine zwanzigjährige Laufzeit und automatische Erneuerung einen *dauerhaften* [Hervorhebung im Original] Schutz gegen die neue Wut des Pangermanismus, gegen den ‚Drang nach Osten‘ und gegen die neue verbrecherische Eroberungssucht des deutschen ‚Lebensraum‘. Es ist der Garant unserer Grenzen und stellt sicher, dass München sich niemals wiederholen wird. Es bedeutet, kurz gesagt, eine besondere Absicherung unserer Selbstständigkeit und unserer Republik, welche wir bisher nicht hatten.“ Beneš: Paměti, S. 390. Vgl. dazu auch Brandes: Die Exilpolitik von Edvard Beneš.

68 Vgl. Brandes: Die Exilpolitik von Edvard Beneš. Franke: Beneš und die Sowjetunion, S. 294. Kaplan: Das verhängnisvolle Bündnis, S. 26. Kaplan: Československo v poválečné Evropě, S. 211–213.

69 Zitiert nach Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 85 f.

70 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 80. – Einige Seiten weiter heißt es: „Selbst Beneš überblickte die langfristigen Folgen des Uranvertrages nicht. Er war gesundheitlich längst nicht mehr auf der Höhe und hatte die Behandlung dieser hochbrisanten Frage Fierlinger überlassen.“

Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 91. Dieselbe Ansicht vertritt Zdeněk Zeman auch in seiner Biographie von Edvard Beneš. Siehe Zeman: Edvard Beneš, besonders S. 243 und S. 279 f. Auch Reiner Franke charakterisiert Beneš als „leichtgläubig“ und „vertrauensselig“, insbesondere in seiner Haltung gegenüber der Sowjetunion. Franke: Beneš und die Sowjetunion, S. 293.

71 Alte: Außenpolitik der Tschechoslowakei, S. 510 f.

72 Kaplan: Der kurze Marsch, S. 86.

über das geplante Abkommen unterrichtet wurden – auch darin überein, dass dem sowjetischen Wunsch nach Uranerz entsprochen werden sollte.⁷³ Wie bei Beneš konnte Fierlinger in der Ministerrunde mit den eben genannten Argumenten überzeugen.⁷⁴

Zdeněk Fierlinger wies Beneš und die Minister in Unterredungen darauf hin, dass gegenseitige tschechoslowakisch-sowjetische Hilfe angesichts der internationalen Situation angebracht sei. Auch tschechoslowakische Fachleute, vor allem Geologen, die im Jahr 1946 vor einem Ausverkauf der tschechoslowakischen Rohstoffvorräte warnen, hielten es für die „moralische Pflicht“ der Tschechoslowakei, ihrem „großen Befreier und Alliierten“ das Uranerz zur Verfügung zu stellen, falls die Ressourcen in Jáchymov die einzigen in sowjetischer Reichweite seien.⁷⁵ Die positive Wahrnehmung der Sowjetunion, wie sie sich auch bei diesen Geologen äußerte, war in der tschechoslowakischen Nachkriegsgesellschaft verbreitet.⁷⁶

Einen politischen Höhepunkt hatten die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion bereits zwei Jahre zuvor mit der Unterzeichnung des „Tschechoslowakisch-Sowjetischen Freundschaftsvertrags“ im Jahr 1943 in Moskau erreicht.⁷⁷ In diesem Vertrag wurde festgehalten, dass beide Staaten nach Kriegsende eng zusammenarbeiten und insbesondere ihre wirtschaftlichen Beziehungen in größtmöglichem Umfang ausbauen würden.⁷⁸ Vor diesem Hintergrund lässt sich die Unterzeichnung des Uranvertrags 1945 auch als inhaltliche Ausgestaltung des zwei Jahre früher abgeschlossenen Freundschaftsabkommens interpretieren, und man muss

73 Zeman: Edvard Beneš, S. 274.

74 Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 10.

75 Zitiert nach Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 96.

76 Vgl. Kaplan: Der kurze Marsch, S. 85 f.

77 Maßgeblich beteiligt an diesem Vertrag waren ebenfalls Edvard Beneš (als Präsident im Exil) und Zdeněk Fierlinger (damals Botschafter der tschechoslowakischen Exilregierung in Moskau). Vgl. Beneš: Paměti, S. 379–391. Táborský: Prezident Beneš mezi Západem a Východem, S. 196 f. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 74 f.

78 „Im Interesse ihrer beider Sicherheit sind die vertragschließenden Parteien übereingekommen, eine enge und freundschaftliche Zusammenarbeit auch nach der Wiederherstellung des Friedens aufrechtzuerhalten [...]. Sie haben vereinbart, ihre wirtschaftlichen Beziehungen in größtmöglichem Maße auszubauen und sich gegenseitig jede mögliche wirtschaftliche Hilfe nach dem Krieg zu gewähren.“ Artikel 4 des Tschechoslowakisch-Sowjetischen Freundschaftsvertrags, unterzeichnet von Zdeněk Fierlinger und Wjatscheslaw Molotow am 12. Dezember 1943 in Moskau. Der Vertragstext ist abgedruckt bei Kaplan/Špiritová (Hgg.): ČSR a SSSR, S. 178–180, hier S. 179. Ebenso bei Beneš: Paměti, S. 383–386, hier S. 384.

davon ausgehen, dass dieses Abkommen auch die Wahrnehmung der tschechoslowakischen Akteure 1945 in diesem Sinne beeinflusste.

Die verbreitete Meinung unter den tschechoslowakischen Politikern war demnach, dass sowohl eine tschechoslowakische nationale Souveränität (gestärkt durch den Uranvertrag), als auch eine „Freundschaft“ zur Sowjetunion (die sich ebenfalls in dem Uranabkommen ausdrückte) zu verwirklichen seien. Für einige Akteure, wie sicherlich Edvard Beneš, kann man sogar sagen, dass sie die Freundschaft mit der Sowjetunion für den Erhalt der nationalen Souveränität als notwendig einstufen. Wie sich bald herausstellte, waren die Kausalzusammenhänge jedoch vielmehr anders herum. Ihre besondere Freundschaft zur Sowjetunion zwang die Tschechoslowakei binnen kurzem, einen gewissen Teil ihrer Souveränität aufzugeben. Bei der Erwartung, dass das Abkommen dem politischen Ziel der Sicherung der nationalen Souveränität dienen würde, handelte es sich also um eine Fehleinschätzung der tschechoslowakischen Politiker, wie es mit der Implementierung des Vertrags deutlich wurde.

3.2 Wirtschaftliche Überlegungen

Infolge des Uranvertrags wurde das Nationalunternehmen Jáchymov am 7. März 1946 rückwirkend zum 1. Januar 1946 gegründet.⁷⁹ Es war eines der ersten Unternehmen, das auf der Grundlage der staatlichen Planwirtschaft funktionierte.⁸⁰ Mit den am 24. Oktober 1945 beschlossenen Wirtschaftsreformen ging die Verstaatlichung wichtiger Industriezweige, des Banken- und des Versicherungswesens einher.⁸¹ Fortan gab es in einigen Branchen, wie in der Hütten- und Grubenindustrie, nahezu nur noch verstaatlichte Unternehmen, so genannte nationalisierte Betriebe.⁸² Diese Politik wurde von der Mehrheit der Gesellschaft unterstützt.⁸³ Auch die politischen Parteien

79 Durch die Bekanntmachung des Industrieministers Nr. 828 (Úřední list, Paragraph 50).

80 Pluskal: *Poválečná historie Jáchymovského uranu*.

81 Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 100/45 über die Nationalisierung der Gruben und einiger Industriebetriebe, Nr. 101/45 über die Nationalisierung einiger Betriebe der Nahrungsmittelindustrie, Nr. 102/45 über die Nationalisierung der Aktien-Banken und Nr. 103/45 über die Nationalisierung privater Versicherungsgesellschaften. Zu den wirtschaftlichen Reformen vgl. auch Kaplan: *Der kurze Marsch*, S. 37–43.

82 Wie in dieser Arbeit gezeigt wird, bildete das Nationalunternehmen Jáchymov insofern eine Ausnahme, als die Sowjetunion maßgeblichen Einfluss auf die Uranerzförderung ausübte und das Unternehmen nur offiziell unter tschechoslowakischer Kontrolle stand.

83 Kaplan: *Der kurze Marsch*, S. 41.

standen mehrheitlich hinter den Reformen.⁸⁴ Die Parolen „Roztočte kola“ (Dreht am Rad) und „Všechny síly na obnovu národního hospodářství“ (Alle Kraft für die Erneuerung der nationalen Wirtschaft) kursierten schon in den ersten Nachkriegswochen und -monaten in der tschechoslowakischen Gesellschaft.⁸⁵ Die Neuerungen standen sowohl für einen wichtigen Schritt zur Gewährleistung der Sicherheit des Staates, als auch – in Anbetracht der nur wenige Jahre zurückliegenden Wirtschaftskrise – für die wirtschaftliche Prosperität.⁸⁶

Vor diesem Hintergrund schienen die tschechoslowakischen Minister den Rohstoff Uranerz als eine Ressource gesehen zu haben, aus der man vor allem auch wirtschaftlichen Profit schlagen sollte. Es gab zunächst mehrere Vorstellungen davon, auf welche Weise dies geschehen sollte. Unabhängig von den sowjetischen Interessen wurde 1945 auch in der Tschechoslowakei über die Erneuerung der Uranerzförderung in Jáchymov nachgedacht, wobei das hauptsächliche Ziel allerdings die Radiumgewinnung sein sollte. Naheliegend war außerdem, mit der Radiumproduktion gleichzeitig an den Kurbetrieb aus der Vor- und Zwischenkriegszeit anzuknüpfen. Vom 28. bis 30. August 1945 führten Mitarbeiter des „Staatlichen Geologischen Instituts“ (*Státní geologický ústav*, heute *Český geologický úřad*) eine Besichtigung der Minen von Jáchymov durch, bei der sie sich über deren Zustand informierten.⁸⁷ Die tschechoslowakischen Geologen konnten in den zugänglichen Stollen – laut der Mitteilung über ihre Beobachtungen – keine besonders reichen Vorkommen an Uranerz ausmachen. Sie empfahlen jedoch die Untersuchung der näheren Umgebung.⁸⁸ Am 8. Oktober 1945 veranstaltete die „Staatliche Verwaltung für Bergbau und Metallurgie“ (*Ústřední správa státních báňských a hutnických závodů*) eine Konferenz, auf der über die Wiederaufnahme der Radiumproduktion in der Tschechoslowakei beraten wurde. Die Teilnehmer – unter ihnen auch Vertreter des Gesundheits-, Verteidigungs-, Finanz- und Außenhandelsministeriums – kamen zu dem Schluss, dass die Vorkriegstechnologie zur Gewinnung von Radium veraltet und deshalb nicht mehr wirtschaftlich sei. Der technische Berater, Ingenieur Koblíček, der das Kurwesen und

84 Kaplan: Der kurze Marsch, S. 39–41.

85 Kalinová: Východiska, S. 85.

86 Kaplan: Der kurze Marsch, S. 41.

87 Anhand der heute bekannten Dokumente lässt sich nicht zurückverfolgen, ob es Zufall war, dass das tschechoslowakische Geologenteam genau einen Tag, nachdem die Sowjets ihre Erkundigung der Lagerstätten abgeschlossen hatten, in Jáchymov eintraf. Pluskal: *Poválečná historie Jáchymovského uranu*.

88 Pluskal: *Poválečná historie Jáchymovského uranu*.

die Radiumindustrie in Jáchymov leitete, schlug den Einsatz neuer Produktionsmethoden vor.⁸⁹ Von den sowjetischen Interessen oder der Tatsache, dass Angehörige des sowjetischen Militärs zum Zeitpunkt der Konferenz die Minen von Jáchymov besetzt hielten und was dies für die Möglichkeiten der zukünftigen Umsetzung der Radiumgewinnung bedeuten könnte, war nicht die Rede.

Eine kleine Gruppe von tschechoslowakischen Experten und Beamten hatte also eigene Vorstellungen über die Zukunft der Uranerzindustrie. Zu ihnen gehörte auch der eben erwähnte Ingenieur Koblic, der sich im März 1946 an den Regierungsvorsitzenden wendete und nochmals darauf hinwies, dass der intensive Uranbergbau die Qualität der Heilquellen von Jáchymov beeinträchtige. Er plädierte dafür, dass nur das Uranerz, welches bereits abgebaut war und auf der Halde lagerte, in die Sowjetunion exportiert werden solle.⁹⁰ Koblic war nicht über den Uranvertrag mit der Sowjetunion informiert worden und war sich deswegen auch nicht der Unmöglichkeit seiner Forderungen bewusst.

Auch im Juni 1946 bemühten sich einige Geologen um eine Revision der Uranpolitik. In einem Memorandum legten sie ihre Bedenken über den Export von zu großen Mengen des Rohstoffes dar. Die Experten wiesen auf die offensichtliche Tatsache hin, dass die Tschechoslowakei zwar bei der Entwicklung von Atomwaffen als kleines Land nicht mithalten könne, das Uranerz als Rohstoff für sie aber trotzdem eine wichtige Bedeutung habe: als zukünftige Energieressource. Man schätzte, dass sich in „wenigen Jahrzehnten“ aus einem Kilogramm dieses Rohstoffes ebensoviel Energie wie aus 3000 Tonnen Kohle gewinnen lasse. So solle man heute sorgsam mit den Ressourcen umgehen, um auch in der Zukunft noch davon profitieren zu können. „Da die Tschechoslowakei nur über begrenzte andere Energieressourcen verfügt, [könnte] der Besitz von Uranerz einen günstigen Einfluss auf das gesamte Wirtschaftsleben unseres Landes haben [...]“.“⁹¹ Das Ministerium für Verteidigung äußerte seine Ablehnung gegenüber diesem Memorandum. Am 25. November 1946 fand im Staatlichen Planungsamt trotzdem eine Beratung über die Möglichkeiten der zukünftigen Nutzung von Kernenergie in der Tschechoslowakei statt. Obwohl die Teilnehmer übereinkamen, dass es bestimmt nicht zu früh sei, sich dieser Frage zu widmen, sollte diese Beratungsrunde für viele Jahre die letzte zu diesem Thema gewesen sein.⁹²

89 Pluskal: *Poválečná historie Jáchymovského uranu*.

90 Pluskal: *Poválečná historie Jáchymovského uranu*.

91 Zitiert nach Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 96. Vgl. auch Pluskal: *Poválečná historie Jáchymovského uranu*.

92 Pluskal: *Poválečná historie Jáchymovského uranu*.

Vor den versammelten Ministern präsentierte Zdeněk Fierlinger den Uranvertrag als eine „einmalige Vereinbarung“, aus der keine finanziellen Belastungen für den tschechoslowakischen Staat entstehen würden. Im Gegenteil: Das Abkommen werde „finanziellen Gewinn bringen“.⁹³ Dass Fierlinger den Vertrag selbst so positiv wahrgenommen hatte, ist wohl differenziert zu sehen, zumal er als Verhandlungsführer am besten informiert war. Man kann davon ausgehen, dass er mit dieser Darstellung das schnelle Einverständnis der Minister erwirken wollte. Trotzdem ist festzuhalten, dass die Perspektive wirtschaftlicher Vorteile, die dieses Abkommen vermeintlich zu versprechen schien, die ohnehin wenigen geäußerten Bedenken in den Schatten stellte. So ging zum Beispiel Jaroslav Stránský, der stellvertretende Ministerpräsident, von einem profitablen Geschäft mit der Sowjetunion aus.⁹⁴ Wirtschaftliche Attraktivität besaß das Abkommen zudem, da sich die Sowjetunion bereit erklärte, in den Bergbau zu investieren sowie die Produktionskosten für die Förderung des Uranerzes zu übernehmen.

Gerade die Preisbildung sollte allerdings umstritten bleiben. Im Uranvertrag vom 23. November 1945 wurde sie aus diesem Grunde offen gelassen und an die vierköpfige Leitungskommission des zukünftigen Nationalunternehmens Jáchymov delegiert. Da die tschechoslowakischen Politiker darüber übereinstimmten, dass das Uranerz ein wertvoller Rohstoff sei (auch wenn sie sich offensichtlich seiner nuklearen Bedeutung nicht bewusst waren),⁹⁵ forderten sie, dass die Sowjetunion der Tschechoslowakei einen angemessenen Preis dafür bezahle.⁹⁶ Die tschechoslowakischen Preisvorstellungen waren jedoch zunächst völlig unrealistisch. Interessanterweise

93 „Der Vorsitzende der Regierung Zdeněk Fierlinger [...] empfiehlt, dass die Regierung den Vertrag billigt, denn es geht um eine einmalige Vereinbarung, die in keiner Weise den Finanzhaushalt der Republik belasten wird, sondern ihr im Gegenteil finanziellen Gewinn bringen wird [...]“

Zvláštní zápis tajné části 6. schůze druhé československé vlády NF o mezivládní dohodě se Sovětským svazem o využití a exploataci nalezišť radia a rud s radioaktivními prvky v Československu [Sonderprotokoll des geheimen Teils der 6. Regierungssitzung der zweiten tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front (NF) bezüglich des zwischenstaatlichen Abkommens mit der Sowjetunion über die Nutzung und Förderung von Radiumvorkommen und Erzen mit radioaktivem Gehalt in der Tschechoslowakei] vom 23.11.1945. SÚA, ÚV KSČ, fond 83, a.j. 250. Abgedruckt bei Kaplan/Špiritová (Hgg.): ČSR a SSSR, S. 160.

94 So äußerte sich Stránský während des Ministertreffens zur Beratung über den sowjetischen Vertragsvorschlag am 17. November 1945. Karlsch/Zeman: Urangheimnisse, S. 82.

95 Auf diese Beobachtung wird in Kapitel 3.5 eingegangen.

96 Einen guten Preis verlangte beispielsweise der Vorsitzende der Tschechoslowakischen Volkspartei Jan Šrámek bei der Ministerbesprechung am 17. November 1945. Karlsch/Zeman: Urangheimnisse, S. 81.

griff man zur Festlegung des Preises den Gedanken des Energiepotenzials des Uranerzes wieder auf. Für die ersten Preisvorschläge stellten die tschechoslowakischen Experten eine Beziehung zwischen dem Preis für die aus Kohle gewonnene Energie und dem geschätzten Wert von Kernenergie auf. Die errechneten Preise lagen folglich in astronomischer Höhe.⁹⁷ Der Geldwert des Urans schien auch deshalb von tschechoslowakischer Seite völlig überschätzt worden zu sein, da das Gerücht kursierte, dass die Amerikaner 300 US-Dollar für ein Kilogramm des Rohstoffes aus dem Kongo bezahlten. Durch heute zugängliche Dokumente ist jedoch belegt, dass die Vereinigten Staaten zur damaligen Zeit Uran zu einem viel niedrigeren Kilopreis (circa 35 US-Dollar) kauften.⁹⁸

Die Frage nach der Positionierung der Tschechoslowakei zwischen Ost und West war also nicht nur ein politisches, sondern auch ein wirtschaftliches Thema. Zu den traditionellen Handelspartnern der Tschechoslowakei gehörten vor allem Staaten aus Mittel- und Westeuropa. Der politischen Vorstellung der tschechoslowakischen Politiker entsprechend, zwischen West und Ost zu stehen, erwartete man auch, Handelsbeziehungen mit Staaten sowohl in West-, als auch in Osteuropa zu unterhalten.⁹⁹ Dementsprechend kam es bei der Diskussion des Uranvertrags in der Ministerrunde zu Zielkonflikten – insbesondere bezüglich der sowjetischen Forderung, dass das gesamte Uranerz ausschließlich an die Sowjetunion geliefert werden dürfe. Dies widersprach den tschechoslowakischen Vorstellungen von freiem Handel und wirtschaftlichem Wettbewerb. Der tschechoslowakische Minister für Industrie, Bohumil Laušman, sah in dem Abkommen eine Ausgrenzung wichtiger Handelspartner, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch ungünstige Auswirkungen für die Tschechoslowakei haben würde:

[...] man würde uns vorwerfen, dass wir einerseits den westlichen Verbündeten Rechte und wirtschaftliche Beziehungen vorenthalten, und andererseits

97 Die ersten Vorschläge lagen bei Preisen zwischen 30 000 und 75 000 Kčs für ein Kilogramm Uran. Pluskal: *Poválečná historie Jáchymovského uranu*. Kaplan schreibt sogar von Preisvorschlägen bis zu 667 000 Kčs für ein Kilo Uran. Kaplan/Pacl: *Tajný prostor Jáchymov*, S. 58.

98 Pluskal: *Poválečná historie Jáchymovského uranu*.

99 Alte: *Außenpolitik der Tschechoslowakei*, S. 41–44. Die Stimmung unterschied sich jedoch insofern von der Situation in der Ersten Republik, als die Politiker 1945 mehrheitlich den Handel mit der Sowjetunion intensivieren wollten. Kaplan: *Der kurze Marsch*, S. 96–100. Die Vorstellung, vor allem Investitionsgüter in die Sowjetunion exportieren und dafür die notwendigen Rohstoffe und moderne Industrieanlagen aus dem Westen importieren zu können, erwies sich schon nach kurzer Zeit als Illusion. Kaplan/Příbík: *Die Tschechoslowakei und der Marshall-Plan*, S. 349.

unserem östlichen Verbündeten eben diese Rechte einräumen, politisch würde das der tschechoslowakischen Sache schaden und wäre wohl auch für die Sowjetunion nicht dienlich.¹⁰⁰

Die Vorstellung von einer Tschechoslowakei mit zukünftigen Handelspartnern in West und Ost war demnach vorhanden und es gab auch Stimmen, die durch den Uranvertrag eine Gefährdung dieser Vorstellung sahen. Laušman stellte deshalb aber nicht den gesamten Vertrag in Frage, sondern kritisierte nur den eben dargestellten Punkt. Diese vereinzelt Bedenken gegen die Wirtschaftlichkeit des Abkommens wurden nicht tiefergehend verfolgt. Es überwog 1945 die Vorstellung, dass der Vertrag zur Belebung der tschechoslowakischen Wirtschaft beitragen würde.¹⁰¹ Einen gewissen Anteil an der Entstehung dieser Wahrnehmung hatte vermutlich auch die großzügige Darstellung des zu erwarteten Profits durch Zdeněk Fierlinger, der immer wieder die wirtschaftlichen Vorteile, die der Vertrag haben würde, gegenüber den Politikern hervorhob.

3.3 Anreize durch technische Investitionen

Das Zukunftsbild von einem wirtschaftlich profitablen Abkommen mit der Sowjetunion unterstützte auch die Erwartung, dass die Tschechoslowakei von technischem sowie wissenschaftlichem Know-How der Sowjetunion profitieren werde. Zdeněk Fierlinger erwähnte im Zuge der Verhandlungen, dass die Tschechoslowakei vor al-

100 Záznam o poradě československé vládní delegace se zástupci SSSR dne 26. září 1945 o uspořádání podniku na těžbu uranové rudy v ČSR [Niederschrift der Beratung der tschechoslowakischen Regierungsdelegation mit den Vertretern der UdSSR am 26. September 1945 über die Zusammenarbeit bei der Förderung des Uranerzes in der Tschechoslowakei]. Abgedruckt bei Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 78–80, hier S. 79.

101 Eine gegenteilige Auffassung vertritt in dieser Sache Jiří Káspárek, der für das tschechoslowakische Außenministerium und an der tschechoslowakischen Botschaft in Moskau auch an den damaligen Verhandlungen über den Uranpreis beteiligt war. Im Jahr 1948 emigrierte er in den Westen und veröffentlichte 1952 einen Artikel über die Sowjetunion und das tschechoslowakische Uranerz. In diesem ideologisch stark aufgeladenen Beitrag stellt Káspárek das Uranabkommen als einen unfairen „Knebelvertrag“ dar, der der Tschechoslowakei aufgedrückt wurde. In diesem Zusammenhang muss man die Behauptung, die generelle Meinung sei gewesen, dass das Abkommen ungünstig für die Tschechoslowakei sei, kritisch hinterfragen. Auf der Grundlage der differenzierteren Studien, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erschienen, bin ich zu oben geschildertem, gegenteiligem Ergebnis gekommen. Kaspárek: Soviet Russia and Czechoslovakia's Uranium, S. 99.

lem an einer technischen Kooperation mit der Sowjetunion interessiert sei.¹⁰² Die Sowjetunion war bereit, verschiedene technische Hilfeleistungen zu erbringen – verbunden mit der Forderung, dass ihr das gesamte Uranerz zur Verfügung gestellt würde. Das Angebot umfasste insbesondere die Bereitstellung von Mitteln für geologische Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Tschechoslowakei¹⁰³ sowie technische Hilfe bei der Ausbeutung der Ölvorkommen in der Slowakei und in Mähren.¹⁰⁴

Die tschechoslowakischen Politiker thematisierten allerdings auch eine gewisse technologische „Rückständigkeit“ der Sowjetunion gegenüber West- und Mitteleuropa. So bezweifelten einige Stimmen, dass die Sowjetunion über ausreichende wissenschaftliche Kenntnis der modernen Verarbeitungsmethoden von Uranerz verfüge.¹⁰⁵ Abgesehen von wenigen zweifelnden Äußerungen scheint die sowjetische technische Hilfe beziehungsweise Kooperation jedoch in der Tschechoslowakei insgesamt willkommen gewesen zu sein.

3.4 Gesellschaftspolitische Vorstellungen versus vertragliche Verpflichtungen

Eng im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Verstaatlichung/Nationalisierung steht auch die Vorstellung von einem „homogenen Staatsvolk“¹⁰⁶. Dies stellte einen bewussten Bruch mit der Tradition der Ersten Tschechoslowakischen Republik dar, die als ein Staat bezeichnet werden kann, in dem mehrere bedeutende ethnische Minderheitengruppen zu Hause waren. Dieses Zukunftsbild war wiederum durch die Erfahrungen aus der unmittelbaren Vergangenheit entstanden und war in der tschecho-

102 Záznam o poradě československé vládní delegace se zástupci SSSR dne 26. září 1945 o uspořádání podniku na těžbu uranové rudy v ČSR [Niederschrift der Beratung der tschechoslowakischen Regierungsdelegation mit den Vertretern der UdSSR am 26. September 1945 über die Zusammenarbeit bei der Förderung des Uranerzes in der Tschechoslowakei]. Abgedruckt bei Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 78–80, hier S. 78.

103 Infolge dessen wurde kurz nach der Gründung des Nationalunternehmens der „Geologische Dienst“ als weitere Institution geschaffen. Dort waren hauptsächlich sowjetische Experten beschäftigt; die Einrichtung entwickelte sich neben der Leitungskommission des Nationalunternehmens zu einem weiteren Gremium, durch das die Sowjetunion massiv Einfluss ausübte. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 99 f.

104 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 80.

105 Pluskal: Poválečná historie Jáchymovského uranu.

106 Ein erklärtes Ziel in der Nachkriegstschechoslowakei war es, ein nunmehr aus Tschechen und Slowaken bestehendes Staatsvolk zu bilden. Vgl. Čapka/Slezák/Vaculík: Nové osídlení.

slowakischen Gesellschaft weit verbreitet.¹⁰⁷ Die Welle der „großen gesamtationalen Begeisterung“, die bisweilen hin zum „überspitzten Nationalismus“¹⁰⁸ reichte, richtete sich unter anderem gegen die deutsche und die ungarische Minderheit in der Tschechoslowakei. In politischer Hinsicht fand sie ihren Höhepunkt in den sogenannten Beneš-Dekreten, die Angehörigen sowohl der deutschen als auch der ungarischen Minderheit die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft aberkannten und ihr Eigentum konfiszierten.¹⁰⁹ Gegenüber den Deutschen und Ungarn kam es nach Kriegsende zu „wilder Vertreibung“¹¹⁰; im Falle der Deutschen wurde auf der Potsdamer Konferenz eine geregelte Umsiedlung nach Deutschland gebilligt und schließlich durchgeführt.

In Zusammenhang mit dieser Arbeit spielt besonders die Aussiedlung der deutschen Minderheit aus den Grenzgebieten eine Rolle. Die Bewohner der Stadt Jáchymov waren bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts zum größten Teil Deutsche.¹¹¹ Auch die Bergarbeiter, die vor dem Krieg in den Minen beschäftigt gewesen waren, gehörten nahezu alle der deutschen Bevölkerung an.¹¹² Etliche von ihnen wurden nach dem Krieg von so genannten Volksgerichten¹¹³ wegen Verbrechen gegen

107 Kaplan: Der kurze Marsch, S. 31. Große Teile der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei hatten in den dreißiger Jahren den Nationalsozialismus unterstützt und den „Anschluss an das Reich“ begrüßt. Das Vorhandensein einer einflussreichen Minderheit wollte man nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Erfahrung verhindern.

108 Kaplan: Der kurze Marsch, S. 31.

109 Personen, die sich aktiv am Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung beteiligt hatten, sollten von dieser Regelung ausgenommen werden, was jedoch nicht immer berücksichtigt wurde. Zu dieser Problematik vgl. Arburg: Abschied und Neubeginn, S. 200 f. Vgl. zu den „Beneš-Dekreten“ auch Timmermann/Voráček/Kripke (Hgg.): Die Beneš-Dekrete. Dieser Sammelband gibt verschiedenen Standpunkten Raum.

110 Zur Begriffsklärung vgl. Anmerkung 37.

111 Nach der Volkszählung des Jahres 1930 bekannten sich über 96 Prozent der Bevölkerung im Kreis Jáchymov zur deutschen Nationalität. Sčítání lidu v Republice československé ze dne 1. prosince 1930. Státní úřad statistický [Volkszählung in der Tschechoslowakischen Republik vom 1. Dezember 1930. Staatliches Statistikamt]. Praha 1934, 27. Zitiert nach Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 628.

112 Diese Verteilung änderte sich auch nicht sofort, nachdem die tschechoslowakische Administration die Minen nach dem Krieg übernommen hatte. Am 31. Juli 1945 waren insgesamt 125 Deutsche und nur 18 Tschechen (von diesen 8 in der Leitung des Unternehmens) in den Minen beschäftigt. Petrášová: Vězeňské tábory v Jáchymovských uranových dolech, S. 341.

113 Derartige Volksgerichte wurden auf der Grundlage des „Dekretes des Präsidenten über die Bestrafung der nationalsozialistischen Verbrecher, Verräter und ihrer Helfer und über die außerordentlichen Volksgerichte“ vom 19. Juni 1945 eingerichtet. Viele Beschuldigte wurden im Schnellverfahren verurteilt. Die Prozesse waren zumeist von der herrschenden antideutschen Stimmung be-

die tschechische Zivilbevölkerung schuldig gesprochen und zu Zwangsarbeit in den Minen verurteilt.¹¹⁴

Die Herstellung eines „homogenen“ tschechoslowakischen Staatsvolks, die als eines der obersten Ziele der Nachkriegspolitik nachdrücklich verfolgt wurde,¹¹⁵ geriet notwendigerweise in Konflikt mit dem Uranvertrag, in dem sich die Tschechoslowakei verpflichtete, alles zur Maximierung der Uranerzförderung zu unternehmen.¹¹⁶ Die Vertreibung beziehungsweise Aussiedlung der deutschen Bevölkerung wurde auch in Jáchymov in großem Maßstab verfolgt.¹¹⁷ Hierdurch ergab sich jedoch ein schwerwiegender Arbeitskräftemangel im Bergbau, der auch nicht zeitnah durch den Zuzug von tschechischen Arbeitern aus dem Inland gedeckt werden konnte.¹¹⁸ Aus diesem Grund sollte der Kreis Jáchymov eine Ausnahme bilden, was die allgemeine Aussiedlungspolitik in der Tschechoslowakei gegenüber der deutschen Bevölkerung betraf. Die sowjetische Seite drängte sehr auf eine sofortige Lösung dieses Problems und wurde auch selbst aktiv. Schon bald nach Vertragsunterzeichnung entstand die merkwürdige Situation, dass einerseits der tschechoslowakische Staat „seine“ deutsche Bevölkerung aussiedelte, die Sowjetunion jedoch andererseits zeitgleich deut-

einflusst und nach heutigem Verständnis nicht fair. Bis Mitte 1947 wurde von den Volksgerichten in über 132 000 Fällen verhandelt. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 67.

114 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 67.

115 In der offiziellen tschechoslowakischen Nachkriegspolitik wurde – obwohl der wirtschaftliche Schaden gerade für die Industriebranchen, in denen mehrheitlich Deutsche arbeiteten (neben dem Bergbau auch in der Glas-, Papier- und Textilindustrie), erkannt wurde – die Durchführung einer vollständigen Aussiedlung der deutschen Bevölkerung als wichtiger für die staatliche Sicherheit betrachtet. Es wurde betont, dass die Deutschen um jeden Preis ausgesiedelt werden müssten, auch wenn dies bedeuten würde, dass „jeder Tscheche für zwei arbeiten muss“. Čapka/Slezák/Vaculík: Nové osídlení, S. 118 f. Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung als oberste Politikmaxime sollte die tschechoslowakische Industrie jedoch insgesamt teuer zu stehen kommen, denn um dieses Ziel zu erreichen, wurde praktisch jeder Preis hingenommen. Die Zwangsaussiedlung betraf 35 Prozent der Industriearbeiterschaft. Diese Zahl wird angegeben bei Urban: Die sudetendeutschen Gebiete nach 1945, S. 115.

116 Im zweiten Absatz des tschechoslowakisch-sowjetischen Uranabkommens heißt es: „Die tschechoslowakische Regierung unternimmt alles zur maximalen Steigerung der Förderung von Erz und Konzentrat, welches Radium und andere radioaktive Elemente enthält, in der Region Jáchymov.“ Dohoda vlády ČSR a SSSR z 23. listopadu 1945 o těžbě uranové rudy v ČSR a o dodávkách do SSSR (Vgl. Anm. 5).

117 Vgl. Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 629.

118 Mit dem Arbeitskräftemangel infolge der Zwangsaussiedlung beschäftigt sich auch Adrian von Arburg. Arburg: Osídlování. Vgl. in diesem Zusammenhang auch folgende neue Publikation: Wiedemann: „Komm mit uns das Grenzland aufbauen!“, zum Arbeitskräftemangel besonders S. 190–211.

sche Häftlinge, die während des Zweiten Weltkrieges in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren, nach Jáchymov deportierte und zur Zwangsarbeit in den Minen verpflichtete, um so den Arbeitskräftebedarf zu decken.¹¹⁹ Eine hohe Arbeiterzahl schien auch deshalb von Nöten zu sein, da die Ausrüstung der Minen von Jáchymov in den Nachkriegsjahren unzureichend war. Eine dementsprechend höhere Anzahl von Arbeitskräften sollte den niedrigen Mechanisierungsgrad wie auch den Mangel an Facharbeitern ausgleichen.¹²⁰

Auch die tschechoslowakische Seite reagierte gezwungenermaßen auf das Problem des Arbeitskräftemangels in Jáchymov und auf die Tatsache, dass die meisten der ehemaligen Fachkräfte im Bergbau deutscher Nationalität waren, und lenkte in ihrer Nationalitätenpolitik schließlich in Bezug auf die Uranerzindustrie ein. Durch die Einsicht, dass die deutschen Fachkräfte gebraucht wurden und nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, konnte das Nationalunternehmen Jáchymov ohne größere Schwierigkeiten „seine“ deutschen Arbeiter behalten. Ab Frühling 1946 konnte sich das Unternehmen zudem auf die neue Gesetzgebung stützen, die deutsche Spezialisten, die auf ihren Positionen als unentbehrlich eingestuft wurden, von der allgemeinen Aussiedlung ausnahm. Während des Jahres 1946 schob die tschechoslowakische Regierung die Aussiedlung von deutschen Bergleuten immer wieder auf und verbot sie schließlich sogar ganz.¹²¹

Der Bedarf an Facharbeitern war jedoch so dringlich, dass es nicht nur darum ging, bereits in Jáchymov arbeitende Deutsche dort zu behalten: Noch bevor die allgemeine Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei abgeschlossen war, fand im Oktober 1946 eine erste organisierte Anwerbung von deutschen Bergleuten für die Arbeit in den Minen von Jáchymov statt.¹²²

Durch diese widersprüchliche Politik hatte die tschechoslowakische Regierung einen gewissen Glaubwürdigkeitsverlust und Spannungen in der Öffentlichkeit¹²³ in

119 Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 32. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 120. Böss: Deutsche Kriegsgefangene im Uranbergbau von Sankt Joachimsthal. Vgl. dazu auch folgende neuere Studie: Janák: Nasazení německých zajatců ze SSSR v Jáchymovských dolech.

120 Vgl. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 101.

121 Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 629.

122 Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 631. Es handelte sich um 61 Spezialisten, die zuvor in Braunkohlegruben gearbeitet hatten und ebenfalls zu der Gruppe „unentbehrlicher Fachkräfte“ gehörten.

123 Wie bereits erwähnt stand alles, was die Uranerzindustrie betraf, unter Geheimhaltung. Trotz derartiger Bemühungen konnten die Verhältnisse in den Uranerzminen jedoch nicht vollständig vor

Kauf zu nehmen. Immer wieder wurden bei den Behörden des Bezirks Jáchymov Beschwerden von der tschechischen Bevölkerung eingereicht, in denen sich die Verfasser beklagten, dass die deutschen Bergarbeiter sehr hohe Löhne erhalten würden.¹²⁴ Zumindest anfangs waren die Gehälter der deutschen Arbeiter keinesfalls üppig; trotzdem war dieses Gerücht verbreitet und es rief Neid und Unverständnis hervor.¹²⁵ Insbesondere die kommunistischen Zeitungen griffen permanent Arbeitgeber von Deutschen an und schürten mit entsprechenden Beiträgen auch das eben genannte Gerücht.¹²⁶ Vor allem ein im November 1947 in der Tageszeitung „Práce“ (Arbeit) erschienener Artikel mit dem Titel „Němci-specialisté převážejí zboží z pohraničí do Německa: Mají vyšší platy než čeští dělníci“ (Deutsche Spezialisten bringen Waren aus dem Grenzland nach Deutschland: Sie haben höhere Löhne als die tschechischen Arbeiter) empörte die tschechische Öffentlichkeit in Jáchymov.¹²⁷ Dieser Fall zeigt auch die weitgehende Ohnmacht der tschechoslowakischen Regierung in Bezug auf die Entwicklungen in Jáchymov. Trotz der Geheimhaltung der Vorgänge in der Uranerzindustrie hatte sie das Geschehen nicht vollkommen unter Kontrolle.

Die Bemühungen der tschechoslowakischen Politiker, die Existenz ethnischer Minderheiten in der wiederentstandenen Republik zu unterbinden, waren allerdings nicht nur gegen die Minderheiten, die auf dem Gebiet der böhmischen Länder traditionell lebten, wie die Deutschen und die Ungarn, gerichtet. Die tschechoslowakischen Politiker lehnten ebenso den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Zuzug von 53 000 sowjetischen Arbeitern nach Jáchymov ab, da sie befürchteten, eine neue einflussreiche ethnische Minderheit auf tschechoslowakischem Staatsgebiet würde entstehen.¹²⁸

Aus wirtschaftlichen Gründen, beziehungsweise aufgrund der Verpflichtungen, die sich aus dem Uranabkommen für die Tschechoslowakei ergaben, verliefen die demographischen Veränderungen in der Region von Jáchymov von Anfang an im Widerspruch zur gesamtstaatlichen Entwicklung.

der Öffentlichkeit verborgen werden. Dies galt in besonderem Maße für die Bewohner der Stadt Jáchymov.

124 Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 632 f.

125 Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 632 f.

126 Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 632 f. Die KSČ trat nach dem Krieg patriotisch, bisweilen sogar stark nationalistisch auf, was der damaligen Stimmung in der Bevölkerung entsprach und wodurch sie viele tschechoslowakische Bürger für sich gewinnen konnte. Vgl. Kaplan: Der kurze Marsch, S. 45.

127 Zitiert nach Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 633.

128 Lepka: Český uran, S. 14. In diesem Fall konnte sich die tschechoslowakische Seite gegen die Sowjetunion durchsetzen.

3.5 Worüber nicht diskutiert wurde

Im Zusammenhang mit der Uranerzindustrie sind auf der Grundlage der existierenden Literatur und den veröffentlichten Quellen demnach Zukunftsbilder und Wahrnehmungen verschiedener Art festzustellen. Dabei fällt auf, dass ein wichtiger Punkt gar nicht diskutiert wurde. Gemeint ist die Verwendung des tschechoslowakischen Uranerzes für den Zweck, in der Sowjetunion eine Atombombe zu entwickeln, sowie die Frage danach, welche Bedeutung und Folgen diese Tatsache für die Tschechoslowakei in der Zukunft habe könnte.¹²⁹ Dass das tschechoslowakische Uranerz für die Herstellung einer Atombombe genutzt werden sollte und wie dringend es benötigt wurde, hatten die sowjetischen Verhandlungsführer den tschechoslowakischen Ministern offen mitgeteilt:

Mit einer Rede des Präsidenten Truman haben die Amerikaner erklärt, dass eine Atombombe nur bei ihnen in Amerika hergestellt werden wird. Doch eine solche Bombe will man nun ebenfalls in der UdSSR bauen. Als Energiequelle wird dafür der Rohstoff Uran benötigt. Ein Vorrat an Uranerz muss so schnell wie möglich angelegt werden. Und deshalb wollen wir darauf Einfluss haben. [...] Das Uran ist heutzutage der wichtigste strategische Rohstoff. [...] Deswegen ist das Projekt unter militärischen, und nicht unter ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten.¹³⁰

Trotz des klaren Hinweises, dass der Vertrag als militärisches und nicht als wirtschaftliches Abkommen bewertet werden müsse, wurde auf die militärische Dimension des Vertrags in den überlieferten Diskussionen der tschechoslowakischen Minister nicht eingegangen. Es wurden auch keine moralischen Bedenken laut. Dies könnte unter anderem an der „freundschaftlichen“ Nähe zur Sowjetunion gelegen haben. Die

129 Auch Karlsch und Zeman kommen nach ihren ausgiebigen Archivrecherchen zu dem Schluss, dass die atomare Bedeutung des Uranvertrags von den tschechoslowakischen Akteuren nicht diskutiert wurde. Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 78.

130 Oberst Alexandrov vor den tschechoslowakischen Vertretern am 26.9.1945. Záznam o poradě československé vládní delegace se zástupci SSSR dne 26. září 1945 o uspořádání podniku na těžbu uranové rudy v ČSR [Niederschrift der Beratung der tschechoslowakischen Regierungsdelegation mit den Vertretern der UdSSR am 26. September 1945 über die Zusammenarbeit bei der Förderung des Uranerzes in der Tschechoslowakei]. Abgedruckt bei Kaplan/Pačl: *Tajný prostor Jáchymov*, S. 78–80, hier S. 79 f.

Hilfe für die Sowjetunion wurde als „Pflicht“ betrachtet, die man moralisch nicht hinterfragte.¹³¹

Die tschechoslowakischen Akteure schienen im Jahr 1945 im Zusammenhang mit dem Uranvertrag ausschließlich ihre eigenen „Bilder“ vor Augen gehabt zu haben. Sie hatten sich nicht eingehender mit den Erwartungen, die die Sowjetunion mit dem Abkommen verband, auseinandergesetzt und diese deshalb auch nicht in einen Zusammenhang mit den eigenen Zukunftsvorstellungen für ihr Land gebracht.¹³² Zu einem Teil ist dies sicherlich auch der in der Tschechoslowakei damals verbreiteten politischen Vorstellung von der zukünftigen Konvergenz des kapitalistischen und des sozialistischen Systems geschuldet gewesen.¹³³ Letztendlich war es für die Tschechoslowakei jedoch fatal, nicht erkannt zu haben (oder nicht darauf reagiert zu haben), dass die sowjetischen Verhandlungspartner einen „geschlossenen“ Zukunftsentwurf hatten, das heißt eine notwendig vorgezeichnete Zukunft für ihr Land sahen, nämlich das Einholen beziehungsweise Überholen der amerikanischen Atomindustrie. Darunter, dass die Zukunftsbilder der beiden Vertragsparteien so unterschiedlich waren,

131 Vgl. beispielsweise das oben zitierte Memorandum tschechoslowakischer Geologen: „[es ist] natürlich unsere moralische Pflicht gegenüber unserem großen Befreier und Alliierten [...], das Erz zur Verfügung zu stellen.“ Zitiert nach Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 96. Dass die Entwicklung der sowjetischen Atomindustrie moralisch nicht hinterfragt wurde, erklärt auch Paul R. Josephson mit einem verbreiteten „Gefühl der Verpflichtung“, das Land gegenüber Feinden zu stärken. Josephson: *Totalitarian Science*, S. 98.

132 Vgl. auch Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 93. Kaplan/Pacl: *Tajný prostor Jáchymov*, S. 9. Wie groß die Zukunftsangst in der Sowjetunion angesichts des amerikanischen Atombombenmonopols war und dass infolge dessen von sowjetischer Seite alles unternommen wurde, um dieses Monopol zu brechen, wurde in der Tschechoslowakei nicht wahrgenommen. Zeman: *Československý uran*, S. 258.

133 Eine Konvergenztheorie, das heißt die Hypothese, dass sich – in diesem Fall – das kapitalistische und das sozialistische Gesellschaftssystem in die gleiche Richtung bewegen würden, sich also in der Zukunft annähern würden, vertrat neben anderen insbesondere Präsident Edvard Beneš. In seinen Memoiren geht er davon aus, dass West und Ost zukünftig friedlich zusammen arbeiten würden. Schon damals (Beneš schrieb im Jahr 1947) habe man eine Sozialisierung der Gesellschaften in allen westlichen Demokratien beobachten können. Die Tschechoslowakei sah Beneš unter diesen Umständen zwischen West und Ost stehen; er dachte seinem Land bisweilen eine „Brückenfunktion“ zu. Beneš: *Paměti*, S. 427–430. Vgl. dazu auch Beneš: *Demokracie dnes a zítra*, S. 221 f. Das „Brückenkonzept“ von Beneš wird auch angesprochen bei Alte: *Die Außenpolitik der Tschechoslowakei*, S. 39. Auch der tschechoslowakische Verhandlungsführer Zdeněk Fierlinger ging davon aus, dass der Sozialismus europaweit im Vormarsch sei und West und Ost zukünftig enger zusammenrücken würden. Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 73 f. Vgl. auch Fierlinger: *Ve službách ČSR*.

hatte schließlich hauptsächlich die Tschechoslowakei, als offensichtlich schwächerer Partner, zu leiden.

Die Feststellung, dass die Zukunftsvorstellungen der tschechoslowakischen und der sowjetischen Akteure hinsichtlich des Uranabkommens verschieden waren, muss jedoch nicht heißen, dass die Entwicklung grundsätzlich anders verlaufen wäre, wenn die tschechoslowakische Seite die Lage zum damaligen Zeitpunkt realistisch wahrgenommen hätte. Dies ist eine Frage, über die sich nur spekulieren lässt und die deshalb hier fehl am Platz wäre.

4. Ernüchternde Realität trotz schneller Produktionssteigerung

Die Förderung des Uranerzes konnte in der Zeit nach dem Abschluss des Uranvertrags sehr schnell erheblich gesteigert werden.¹³⁴ Darüber hinaus wurden neue Lagerstätten entdeckt und erschlossen: 1946 in Horní Slavkov (Schlaggenwald) im Gebiet Jáchymov und ein Jahr später die Vorkommen bei Příbram (Pibrans), die sich in den fünfziger Jahren als noch ergiebiger als die Uranerzlagerstätten von Jáchymov erweisen sollten. Die tschechoslowakischen Politiker führten die Erfolge bei der Uranerzförderung hauptsächlich auf die Aktivitäten des Geologischen Dienstes, einer neu gegründeten Forschungseinrichtung, zurück.¹³⁵

Obwohl die Uranerzförderung schnell um ein Vielfaches gesteigert werden konnte, trat schon bald nach Gründung des Nationalunternehmens eine ernüchternde Realität ein, die viele der tschechoslowakischen Erwartungen enttäuschte. Infolge dessen änderte sich auch die Wahrnehmung der Uranerzindustrie. Gerade der Geologische Dienst, wie auch die vierköpfige gemischte Leitungskommission des Nationalunternehmens Jáchymov hatten sich schnell zu Gremien entwickelt, die de facto von der sowjetischen Seite beherrscht wurden.¹³⁶ Die Leitungskommission hatte in Übereinstimmung mit dem geheimen Uranvertrag die Aufgabe, Pläne und Methoden zur Steigerung der Produktion auszuarbeiten, und war für technische und finanzielle Fragen (unter anderem für die Festlegung des Verkaufspreises des Uranerzes) verantwortlich.¹³⁷ Diese letztendlich sehr bedeutenden Aufgaben waren nicht im Vertrag selbst geregelt, sondern der Kommission anvertraut worden. So wurden die tschecho-

134 Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 100 f.

135 30 let uranového průmyslu.

136 In der Leitungskommission vertraten die tschechoslowakische Seite zunächst der Direktor der Zentralverwaltung für Bergbau Svatopluk Rada und der Ingenieur Václav Kovář. Die sowjetischen Mitglieder waren in den vierziger Jahren der Wirtschaftsreferent der sowjetischen Botschaft in Prag Daschkjewitsch und der Ingenieur Wolochow.

137 Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 94.

slowakischen Vertreter in „ihrem“ Nationalunternehmen – zumindest in der Anfangszeit – von den Sowjets dominiert. Die Zusammenarbeit gestaltete sich vor allem deswegen schwierig, weil sich die Sowjets nicht an die örtlichen Bergbaugesetze und Sicherheitsvorschriften hielten, was die tschechoslowakischen Angestellten beanstandeten und in einem Unterschied in der Betriebs- und Arbeitskultur begründet sahen.¹³⁸

Davon, dass der bedeutende Industriezweig in der Hand des tschechoslowakischen Staates war, konnte nicht die Rede sein. Die Vereinbarung über das Vorgehen in der Uranindustrie und der tschechoslowakischen Verstaatlichungs- beziehungsweise Nationalisierungspolitik war höchstens auf dem Papier gelungen.

Auch die Erwartungen an umfangreiche wirtschaftliche und technologische Investitionen wurden bald enttäuscht. Zbyněk Zeman gibt zwar an, dass die Sowjetunion die Tschechoslowakei in den ersten Nachkriegsjahren mit allem, was sie von ihren eigenen Ressourcen zur Verfügung stellen konnte, belieferte, allerdings erwähnt er auch, dass besonders die Zahlungen sehr unregelmäßig eingingen.¹³⁹ Ebenso stellt Oskar Pluskal fest, dass die Sowjetunion bis zum Jahr 1949 bezahlte, „wann und wie viel sie wollte“.¹⁴⁰ Die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens hatte man überschätzt. Im Zweijahresplan für die Jahre 1947 bis 1948 hatte man ursprünglich 32 Millionen Kčs an Investitionen für das Nationalunternehmen Jáchymov eingeplant. Aber schon im Verlauf des Jahres 1947 zeichnete sich ab, dass mindestens

138 In einem Bericht eines tschechoslowakischen Mitarbeiters vom 20. Dezember 1946 heißt es: „Ein gemeinsames Merkmal aller [russischer Mitarbeiter] ist, dass sie nicht einsehen, dass man sich bei uns nach den geltenden Gesetzen richten muss, insbesondere nach den Verordnungen der Bergpolizei und den Vorschriften der örtlichen Bergbauverwaltung, und dass jeder Schacht nicht nur für die Sicherheit der Tschechen, sondern auch der Russen, Deutschen und selbst der Kriegsgefangenen verantwortlich ist. Ebenso verstehen sich nicht, dass man das Dekret des Präsidenten über die Betriebsräte respektieren muss, und dass bei der Entscheidung verschiedener Fragen, wie zum Beispiel der Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten, der Festlegung von Gehältern und neuen Aufgaben, der Bestimmungen über die Arbeit an Sonn- und Feiertagen usw., immer mit dem Betriebsrat zusammengearbeitet werden muss. Oft macht es viel Arbeit, sie nur bezüglich dieser Bedingungen zu überzeugen, und manchmal sieht es dann so aus, also ob sich unsere Organe grundsätzlich gegen ihre Vorschläge stellen würden, obwohl es sich in Wirklichkeit um den Versuch handelt, ihre Wünsche mit unseren Gesetzen und Verordnungen zu vereinbaren. Ihr Misstrauen gegenüber solch einem differenzierten Vorgehen ist unmittelbar zu spüren. Ich habe den Eindruck, dass dieses Missverständnis aus anderen Gewohnheiten in der UdSSR resultiert.“ Bericht vom 20.12.1946. AMV, S-117-11, Jáchymov. Zitiert nach Tomek:

Československý uran.

139 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 96 und S. 101.

140 Pluskal: Poválečná historie Jáchymovského uranu.

230 Millionen Kčs benötigt werden würden.¹⁴¹ Bis September 1946 hatte die Sowjetunion insgesamt nur 5 Millionen Kčs bezahlt und Ausrüstung für 2,5 Millionen Kčs bereitgestellt.¹⁴² In dieser Situation musste die Tschechoslowakei ihrerseits Kredite aufnehmen, um überhaupt das von der Sowjetunion geforderte Produktionsniveau erreichen zu können.¹⁴³

Die Kontroverse über den Verkaufspreis des Uranerzes blieb auch weiterhin bestehen. Die tschechoslowakische Seite forderte insbesondere, dass bei der Preisfindung die Verknappung der Ressourcen berücksichtigt und indirekte Kosten für den schnell wachsenden Industriezweig (wie zum Beispiel Kosten für den Ausbau der Infrastruktur wie Wohnungen für Arbeiter, Schulen, Krankenhäuser) in die Produktionskosten einberechnet würden. In der Anfangszeit des Nationalunternehmens Jáchymov hatte sich die sowjetische Seite jedoch in nahezu allen wichtigen Fragen durchsetzen können. Erst Ende des Jahres 1947 konnten die tschechoslowakischen Politiker, die immer wieder Preisverhandlungen initiiert hatten, einen kleinen Erfolg verbuchen: Für das Uranerz, welches als Abfallprodukt der früheren Radiumgewinnung auf der Halde lagerte, sollte die Sowjetunion nun auch zahlen. Zuvor hatte die sowjetische Seite immer auf den Uranvertrag verwiesen, in dem festgelegt war, dass sie nur für die Produktionskosten zahlen würde. In diesem Fall hatte die Sowjetunion – da das Erz bereits abgebaut war – nur die Kosten für den Abtransport übernommen.¹⁴⁴

Die anfängliche politische Erwartung, dass das Abkommen die Souveränität der Tschechoslowakei stärken würde, wurde bereits im Januar 1946 insofern enttäuscht, als eine klare Einschränkung des diplomatischen Handlungsspielraums, die direkt von dem Uranvertrag – und besonders seiner Geheimhaltung – herrührte, offensichtlich wurde. Auf der ersten Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die Anfang des Jahres 1946 in London stattfand, hielt der damalige tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk eine Rede über die friedliche Nutzung von Uran, für die sich die Tschechoslowakei einsetze. In diesem Zusammenhang sprach er sich für eine internationale Kontrolle der Rüstungsindustrie aus. Darüber hinaus lud er ausländische Journalisten in die Tschechoslowakei ein, damit sie sich vor Ort von der friedli-

141 Pluskal: *Poválečná historie Jáchymovského uranu*.

142 Pluskal: *Poválečná historie Jáchymovského uranu*.

143 Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 96. Die Kredite wurden der Tschechoslowakei wiederum von der Sowjetunion gewährt.

144 Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 97.

chen Nutzung des Uranerzes überzeugen könnten.¹⁴⁵ Die Reaktion aus Prag auf diesen Fauxpas machte außerdem deutlich, dass den tschechoslowakischen Kabinettsmitgliedern das Wohlwollen der Sowjetunion wichtiger war als die Reputation ihres eigenen Außenministers.

Für die Zeit nach diesem Vorfall lassen sich auch vermehrt Bemühungen zur Geheimhaltung und Verschleierung des Uranerzabbaus beobachten. In den (wenigen) Erwähnungen der Minen von Jáchymov in den Medien wurde angegeben, dass der Bergbau vom tschechoslowakischen Staat wieder aufgenommen worden sei, mit dem Ziel der Radiumgewinnung für medizinische Zwecke.¹⁴⁶ Die gleiche Auskunft wurde Ausländern, die sich nach dem Bergbau in Jáchymov erkundigten, erteilt.¹⁴⁷ Am 27. Juli 1946 erschien in der Wochenzeitung „Obzory“ (Horizonte)¹⁴⁸ ein Artikel, der die Rede, die Masaryk im Januar des gleichen Jahres vor den Vereinten Nationen gehalten hatte, wieder aufgriff und über die Anwesenheit sowjetischer Wissenschaftler und deutscher Zwangsarbeiter in Jáchymov berichtete.¹⁴⁹ Darauf wurde die Staatssicherheit aktiv: Dem Autor des Beitrags, Jan Kollár, wurde nicht nur vorgeworfen, gegen das bereits 1945 verhängte und später bekräftigte Verbot, über die Kurbäder und radioaktiven Quellen von Jáchymov zu publizieren, verstoßen zu haben, sondern er wurde auch der Preisgabe von Staatsgeheimnissen sowie der Verbreitung wahrheitswidriger Meldungen und der Schädigung des Ansehens des tschechoslowakischen Staates im Ausland angeklagt.¹⁵⁰ Die Reaktion auf diesen Vorfall deutet darauf hin, dass sich die tschechoslowakischen Politiker stärker der besonderen Bedeutung und Wichtigkeit der Uranproblematik bewusst waren als noch im Jahr 1945.

Von einer wachsenden Bedeutung der Uranerzindustrie zeugt schließlich auch die Tatsache, dass das Nationalunternehmen Jáchymov bald größere Priorität genoss als die Kohleindustrie. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war die Belieferung mit

145 Vgl. die Rede Jan Masaryks vor der UN-Generalversammlung in London, Januar 1946, zitiert in Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 87. Außenminister Masaryk war zwar am 23. November 1945 über das Uranabkommen informiert worden, schien sich aber nicht des Ausmaßes seiner Bedeutung bewusst gewesen zu sein.

146 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 105.

147 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 106.

148 Die Wochenzeitung für Politik und Kultur „Obzory“ wurde von der Tschechoslowakischen Volkspartei (ČSL) herausgegeben und erschien von August 1945 bis zur kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948.

149 Kollár: Atomická energie, S. 470. Zitiert nach Bystrov: Svobodná nesvoboda, S. 24–30, hier besonders S. 24.

150 Bystrov: Svobodná nesvoboda, S. 24.

technischen Geräten und die Bereitstellung von erfahrenen Arbeitern für die Kohlegruben vorrangig gewesen.¹⁵¹ Dass sich dies zugunsten der Uranerzförderung verschob, und dass die Bedeutung der Uranerzindustrie anstieg, lag freilich auch an dem Druck, der durch die Vertragsverpflichtung, den Abbau maximieren zu müssen, erzeugt wurde.

¹⁵¹ 30 let uranového průmyslu.

5. Die Uranerzindustrie nach der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948

Durch die Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei im Februar 1948 änderte sich auch die Zusammensetzung der in dieser Arbeit zu betrachtenden Akteursgruppe. Zum einen bildeten die nun an die Regierung gekommenen Kommunisten eine homogenere Gruppe was die Vorstellungen über die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, so auch in der Uranindustrie, anging. So nahmen die Kontroversen über den Uranvertrag – wie hier gezeigt werden soll – zumindest innerhalb des tschechoslowakischen Lagers ab. Zum anderen gab es diejenigen nichtkommunistischen Akteure, die spätestens nach dem Februar 1948 ihrer Posten enthoben wurden, oftmals emigrierten und infolge dessen andere Voraussetzungen hatten, ihre Einschätzung des Uranabkommens kund zu tun.

Was die offizielle politische Linie der Tschechoslowakei nach dem Februar 1948 angeht, so könnte man annehmen, dass die Personen, die zum Teil neu auf die politische Bühne gekommen waren, das Abkommen mit der Sowjetunion positiv betrachteten und sich die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion folglich weniger konfliktreich gestalten würde. Dies traf jedoch nur teilweise zu. Einige Unstimmigkeiten konnten in der Tat relativ bald nach der kommunistischen Machtübernahme beigelegt werden. Dazu zählte beispielsweise die Entscheidung aus dem Oktober 1948, die Heilbäder von Jáchymov nach Karlovy Vary (Karlsbad) zu verlegen. Auch wenn dies bedeutete, dass ein Rohrsystem von 23 Kilometern Länge gebaut werden musste, um das Quellwasser an den gewünschten Ort zu leiten, konnte auf diese Weise der seit der Gründung des Nationalunternehmens bestehende Streitpunkt beseitigt werden.¹⁵²

152 Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 648. Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 21. In der Kur- sowie der Bergbauverwaltung und im tschechoslowakischen Innenministerium waren bis zu diesem Zeitpunkt alle nichtkommunistischen Amtsträger von ihren Posten entfernt worden. Die Heilquellen sollten direkt in das Hotel „Imperial“ in Karlovy Vary geleitet werden.

Die neue offizielle „Freundschaft zum sozialistischen Bruderstaat“ sollte jedoch nicht bedeuteten, dass sich die Erwartungen der tschechoslowakischen und der sowjetischen Seite von nun an deckten. Im Gegenteil blieben bestimmte Konflikte, wie beispielsweise derjenige bezüglich der Festlegung des Preises für das Uranerz, weiter bestehen. Ebenfalls hatte die Tschechoslowakei, als schwächerer Part weiterhin ihre Vertragsverpflichtungen und ihre eigenen innenpolitischen Prämissen und Möglichkeiten auszubalancieren.

Die tschechoslowakischen Kommunisten hatten sich bereits vor 1948 darum bemüht, die Leitungspositionen in Jáchymov zu übernehmen, in der naiven Annahme und Fehleinschätzung, dies wäre im Interesse der Sowjetunion. Ebenso wie vielen anderen tschechoslowakischen Politikern fehlte auch ihnen in der unmittelbaren Nachkriegszeit das Verständnis für das imperiale sowjetische Interesse, das darauf abzielte, die Uranerzminen von Jáchymov selbst zu kontrollieren. Eine zusätzliche Kontrolle der Minen durch die tschechoslowakischen Kommunisten begrüßte die Sowjetunion deshalb nicht.¹⁵³

Während der Uranvertrag (nach den Diskussionen zwischen den tschechoslowakischen politischen Akteuren im Vorfeld seiner Unterzeichnung) bis 1948 von den tschechoslowakischen Politikern und Experten nicht direkt bewertet wurde, äußerten sich nach der kommunistischen Machtergreifung führende Akteure in der Politik wie auch in der Uranerzindustrie über das Abkommen als über ein Dokument, in dem sich die Sowjetunion zu einem hohen Beitrag zur Entwicklung der Uranerzindustrie in der Tschechoslowakei verpflichtet hatte.¹⁵⁴ Diese Äußerungen müssen differenziert betrachtet werden, denn die von der Sowjetunion getätigten Zahlungen und Investitionen in den tschechoslowakischen Uranbergbau waren hinter dem ursprünglich vereinbarten Umfang weit zurückgeblieben. Die offizielle politische Ideologie und die daraus resultierende Unmöglichkeit, sich negativ über das Bestehen des Uranabkommens zu äußern, machen es zudem sehr schwierig zu beurteilen, wie die Wahrnehmung des Vertrags wirklich war.

Dass trotz der politischen Nähe zur Sowjetunion weiterhin eine gewisse Unzufriedenheit und Enttäuschung auf tschechoslowakischer Seite bestand, lässt sich be-

In diesem Hotel waren zur damaligen Zeit Sowjets einquartiert. Gleichzeitig mit der Verlegung des Kurbades hatten die tschechoslowakischen Politiker die Absicht, die Sowjets zur Freigabe des Hotels zu bewegen. Der Umzug schien aber vor allem auch aus Geheimhaltungs- und Sicherheitsgründen geboten.

153 Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 105, S. 107 und S. 112 f.

154 Pluskal: *Poválečná historie Jáchymovského uranu*.

sonders gut an dem fortlaufenden Konflikt über den Verkaufspreis des Uranerzes ablesen. Im Dezember 1948 fuhr eine tschechoslowakische Delegation, geleitet vom Vorsitzenden der Regierung Antonín Zápotocký, nach Moskau, um über Möglichkeiten zur Verbesserung der schlechten Wirtschaftlichkeit des Nationalunternehmens zu verhandeln. Gerade im Jahr 1948 kam es in der Tschechoslowakei zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten; es waren nicht genügend Devisen vorhanden und es war zunehmend unmöglich, Rohmaterialien, die unerlässlich für die Industrie waren, zu beschaffen.¹⁵⁵ Die tschechoslowakische Delegation brachte einen Vorschlag zur Vertragsänderung mit nach Moskau, der das Dilemma zwischen der zu erhöhenden Uranerzförderung und der Unmöglichkeit für die Tschechoslowakei, dies aus eigenen Mitteln zu leisten, lösen sollte. Der gewählte Ton war ein anderer als früher: „Nur durch eine Vertiefung der Zusammenarbeit in diesem Bereich [gemeint ist der Uranerzbergbau, A. B.] kann die Tschechoslowakei die Ergebnisse erreichen, die sich beide Seiten wünschen.“¹⁵⁶ Es folgte die Bitte, den Anteil der zu zahlenden Investitionen dem Anteil des Bezugs des Uranerzes anzupassen.

Der frühere Konflikt zwischen der sowjetischen und der tschechoslowakischen Seite um die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens bestand nach dem Februar 1948 nicht nur weiter, sondern er eskalierte schließlich im Jahr 1949, da es in diesem Jahr der Leitungskommission nicht gelang, sich auf eine verbindliche Kostenberechnung für das vorangegangene Jahr zu einigen.¹⁵⁷ Während die Sowjets zur Lösung des Problems der Unwirtschaftlichkeit immer noch versuchten, das Nationalunternehmen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln (was die tschechoslowakische Seite mit der gleichen Begründung wie schon 1945 ablehnte), sahen die tschechoslowakischen Kommunisten das Problem durch die unregelmäßigen und unzureichenden Investitionen von Seiten der Sowjetunion verursacht.

Trotz diesen scheinbar unüberwindbaren Schwierigkeiten vertraten die tschechoslowakischen Akteure gleichzeitig weiterhin offiziell die Ansicht, dass die engen Beziehungen zur Sowjetunion die politischen und ökonomischen Interessen der Tschechoslowakei sicherten.¹⁵⁸ Oder, wie es der langjährige Direktor des Nationalunternehmens Jáchymov, Antonín Schindler, später formulierte: „Die Sowjetunion sandte uns erfahrene Spezialisten und gewährte uns in jeder Weise materielle Unterstüt-

155 Teichová: Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei, S. 113.

156 Zitiert nach Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 20.

157 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 98.

158 Houdek: Vývoj a současné problémy, S. 2.

zung.“¹⁵⁹ Es musste also eine Kluft zwischen der eigentlichen Wahrnehmung des Uranunternehmens und der offiziell vertretenen Linie existiert haben. Des Weiteren ist festzuhalten, dass die Annahme, nach der Machtergreifung der Kommunisten wäre die Zusammenarbeit zwischen den tschechoslowakischen und den sowjetischen Akteuren grundsätzlich weniger kontrovers verlaufen, nicht richtig ist. Es lässt sich allerdings beobachten, dass die Konflikte der tschechoslowakischen Akteure untereinander deutlich abnahmen, was auf die politischen Veränderungen zurückzuführen ist.

Die politischen Veränderungen in der Tschechoslowakei brachten auch eine „Lösung“ der Frage des Arbeitskräftemangels mit sich. Da sich die Notwendigkeit einer baldigen Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen abzeichnete, Gastarbeiter generell unerwünscht waren (vgl. Kapitel 3.4) und die Anwerbung von Freiwilligen für die Arbeit im Uranbergbau ein nur sehr bescheidenes Ergebnis brachte, verfiel das kommunistische Regime auf den Gedanken, nach sowjetischem Vorbild Häftlinge aus dem eigenen Land im Uranbergbau einzusetzen. Vermutlich im Januar 1949 wurde dieses Verfahren beschlossen; erste Gefangenentransporte trafen bald darauf (im März oder Mai 1949, es existieren unterschiedliche Angaben) in Jáchymov ein.¹⁶⁰ Sowohl kriminelle Gefangene wie auch sogenannte Retributionsgefangene (wegen Kollaboration mit dem Besatzungsregime während des Krieges Verurteilte) wurden zu Zwangsarbeit verpflichtet. Die weitaus größte Zwangsarbeitergruppe war allerdings die nach der kommunistischen Machtergreifung neu hinzugekommene Kategorie von Häftlingen: politische Gefangene. Somit bekam Jáchymov eine weitere Funktion. Neben der Bereitstellung von billigen Arbeitskräften für den Uranerzabbau, diente die Zwangsarbeit unter härtesten Bedingungen der Einschüchterung, Umerziehung oder Beseitigung von Personen, die dem kommunistischen Regime unliebsam waren. Zwar gab es Bedenken, ausgerechnet „Staatsfeinde“ mit einer Aufgabe zu betrauen, die in der Republik „höchstes Prestige“ genoss,¹⁶¹ jedoch überwog das Argument, dass gerade auf diese Weise zur Stabilisierung des Regimes beigetragen werden könne.¹⁶²

159 Vgl. 30 let uranového průmyslu. Zitiert nach Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 92.

160 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 123.

161 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 123.

162 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 126. Der Einsatz von Zwangsarbeitern war für das Nationalunternehmen Jáchymov unentbehrlich. Nur so konnte die völlige Unwirtschaftlichkeit und die fehlende beziehungsweise veraltete Technologie, wenn auch nur ansatzweise, überbrückt werden. Die Zahlen der eingesetzten Zwangsarbeiter stiegen rasant an, variieren jedoch von Publikation zu Publikation (wie auch von Archivdokument zu Archivdokument). In einer Veröffentlichung der „Internationalen Kommission über die Verbrechen des Kommunismus“ wird vermutet, dass so

Etwa gleichzeitig mit der Einrichtung von Zwangsarbeiterlagern lässt sich wiederum eine weitere Zunahme der der Uranindustrie zugeschriebenen Wichtigkeit feststellen. Um die Sonderstellung des Nationalunternehmens Jáchymov zu stärken, wurde die Zuständigkeit für die Uranerzminen von der „Zentralverwaltung für Bergbau“ (beim Ministerium für Industrie) auf eine neue „Hauptverwaltung für die Erkundung und Förderung von radioaktivem Material“ übertragen.¹⁶³ Letztgenannte Institution hatte eigene Abteilungen für Betriebsführung, Verkauf, Planung und Personalwesen. Sie war dazu gedacht, mit der Leitungskommission des Nationalunternehmens zusammenzuarbeiten. So kann man, wie Karlsch und Zeman, die Verlegung der Zuständigkeiten ebenfalls als einen Versuch der tschechoslowakischen Akteure werten, größere Kontrolle über die Uranerzminen auszuüben.¹⁶⁴

Schließlich verlief auch unter kommunistischer Herrschaft das Vorgehen bezüglich der in Jáchymov angestellten deutschen Facharbeiter im Widerspruch mit der gesamt-tschechoslowakischen Minderheitenpolitik. Die noch im Land (vor allem in den Grenzgebieten) verbliebenen Deutschen sollten in einer zweiten Umsiedlungswelle nach dem gesamtstaatlich angelegten Konzept von *přesun* (Umsiedlung) und *rozptýl* (Zerstreuung, um größere deutsche Minderheiten an einem Ort zu vermeiden) im tschechoslowakischen Inland verstreut angesiedelt werden.¹⁶⁵ Diese bereits im Jahr 1947 geplante Umsiedlung sollte insbesondere auch auf Jáchymov angewendet wer-

gut wie jeder zwischen 1949 und 1960 verurteilte politische Gefangene zumindest einen Teil seiner Haftzeit in Lagern verbrachte, die zum Nationalunternehmen Jáchymov gehörten. Sborník přednášek a dokumentů, S. 62 f. Diese Angabe unterstützt auch Ludmila Petrášová. Vgl. Petrášová: Vězeňské tábory v Jáchymovských uranových dolech, S. 338. Die große Zwangsarbeiterzahl machte auch die Einrichtung eines entsprechend großen Sicherheitsdienstes erforderlich. Die Einführung der Lager orientierte sich am sowjetischen GULAG-System und wies als Folge auch ähnliche Charakteristika auf. Robert Conquest beschreibt das GULAG-System in wirtschaftlicher Hinsicht als „ill-considered crash planning“. Ein fehlender Anreiz zu guten Arbeitsleistungen konnte auch nicht durch Bestrafungen ersetzt werden (es bestand sozusagen immer der Widerspruch zwischen der Bestrafung und der Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen); der Mechanisierungsgrad war generell niedrig und die Anzahl an Arbeitern enorm. Die Lager waren meist unmittelbar mit Großprojekten (wie dem Bau des Weißmeer-Kanals, der Moskauer Metro oder der Erschließung von Rohstoff-Lagerstätten im Fernen Osten) verbunden. Conquest: Foreword, vii–xi, hier ix f. Vgl. auch Gregory: An Introduction, S. 1–21. Es gibt eine Reihe von veröffentlichten Erinnerungen ehemaliger Häftlinge, die die Zustände und die Arbeitsbedingungen in den tschechoslowakischen Lagern beschreiben. Exemplarisch seien hier genannt Klobas: Jak se chodí v laně. Srholec: Licht aus der Tiefe der Lager von Jáchymov. Brodský: Řešení gama.

163 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 93.

164 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 93 f.

165 Vgl. Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 646 f.

den.¹⁶⁶ Dort verliefen die Entwicklungen jedoch entgegen diesem Plan, da 1948 weitere Deutsche, die aus den verschiedensten Ecken des Landes stammten, zur Arbeit im Bergbau angesiedelt wurden. Darüber hatte die Führung der neuen kommunistischen Regierung im April des Jahres entschieden.¹⁶⁷ Dieser Ansiedlungsvorgang, der unter dem Decknamen „Akce J“ (Aktion J) durchgeführt wurde, musste jedoch strengstens geheim bleiben: Er widersprach der zu diesem Zeitpunkt verfolgten Staatspolitik sowie auch der Propaganda der Kommunistischen Partei, die im Mai 1948 Wahlen durchführte, um ihre Machtergreifung zu legitimieren. Bei der Behebung des Arbeitermangels im Uranerzbergbau, und dem daraus entstandenen Interessenkonflikt zwischen der tschechoslowakischen Regierung und dem Nationalunternehmen Jáchymov, sowie generell in der Frage des Vorgehen gegenüber den in der Tschechoslowakei verbliebenen Deutschen, zeigten die neu an die Macht gekommenen Kommunisten – so wie bereits die tschechoslowakischen Politiker vor 1948 – vor allem Pragmatismus.¹⁶⁸

166 Obwohl die deutschen Bergleute, wie oben dargestellt, dringend für den Uranerzbergbau gebraucht wurden, sollte diese Politik speziell auch in Jáchymov angewendet werden. Die deutschen Arbeiter galten als potentielle Gefahr, was Spionage anging, und auch ihr Kontakt zu den deutschen Kriegsgefangenen und anderen Zwangsarbeitern wurde nicht gerne gesehen. So empfahl der Sicherheitsreferent des Nationalunternehmens Eduard Kocián die „generelle Umsiedlung aller Deutschen aus Jáchymov in das Binnenland, wobei das Prinzip gelten muss, dass kein Deutscher mehr für die Arbeit in den Minen eingesetzt werden darf, sei er Spezialist oder sonst wer.“ Zitiert nach Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 646.

167 Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 647–650. Diese Entscheidung fiel vor dem Hintergrund, dass die Tschechoslowakei – infolge einer Vereinbarung mit der Sowjetunion – im zweiten Quartal des Jahres 1948 5000 neue Arbeitskräfte in Jáchymov bereitstellen musste. Die „Akce J“ (J stand für Jáchymov) ging auf eine Idee des Ministeriums für Industrie zurück. In mehreren Distrikten des Landes wurden Deutsche angeworben und ohne Rücksichtnahme auf ihre dortigen jeweiligen Arbeitsverhältnisse kurzerhand mit ihren Familien nach Jáchymov umgesiedelt. Es lässt sich nicht genau feststellen, wie viele Personen deutscher Nationalität schließlich wirklich durch diese Aktion nach Jáchymov zwangsumgesiedelt wurden. Dvořák vermutet (auf der Grundlage einer Studie von Adrian von Arburg), dass es deutlich mehr als 5000 Personen waren. Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 658. Arburg: Zwischen Vertreibung und Integration, S. 436–454. Karlsch und Zeman kommen dagegen zu dem Schluss, dass die Akce J, die schon bald wieder abgebrochen werden musste, dem Nationalunternehmen nur einen geringen Teil der 5000 geforderten Arbeitskräfte zuführen konnte. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 122.

168 Mit der Wende in der Nationalitätenpolitik der KSČ, der Proklamation des proletarischen Internationalismus im Jahr 1949, wurde die offizielle Haltung der Kommunisten gegenüber den Deutschen wohlwollender. Im Rahmen der „Akce N“ (Aktion N, ab Herbst 1950) konnten die Deutschen schließlich ein Gesuch um die Wiedererlangung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft einreichen. Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 663 f.

Wie schon eingangs erwähnt, emigrierte nach dem Februar 1948 eine Reihe nichtkommunistischer Personen, die als hochrangige Politiker oder als Führungskräfte im Uranbergbau angestellt gewesen waren und deshalb über die Entwicklungen in der Uranerzindustrie informiert waren. Dies ermöglichte Äußerungen von anderer Qualität über das Uranabkommen. Ebenso wie die Äußerungen von Vertretern des kommunistischen Regimes über die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion einen starken ideologischen Hintergrund hatten, war dies auch der Fall bei den Exiltschechoslowaken – wenn auch in anderer Weise. Der bereits zitierte Beitrag von Jiří Káspárek soll hier als ein Beispiel angeführt werden. Káspárek war nach dem Februar 1948 in den Westen emigriert und war zuvor an Uranpreisverhandlungen in Moskau beteiligt gewesen. In seinem Artikel stellte er das Uranabkommen als „Knebelvertrag“ dar.¹⁶⁹ Sein Heimatland präsentierte Káspárek nur als Opfer; die Schuld an der ungünstigen Lage, in die die Tschechoslowakei geraten war, trugen die Sowjetunion und die tschechoslowakischen Kommunisten, die mit dem Uranvertrag die Ausbeutung der Tschechoslowakei festgeschrieben hatten. Die Zustimmung auch nichtkommunistischer politischer Akteure zum Abkommen verschwieg Káspárek ganz. Diese Art von Publikationen diente vor allem auch der persönlichen Entlastung.¹⁷⁰

Bei beiden Gruppen von Akteuren (den an die Macht gekommenen Kommunisten wie den emigrierten Nichtkommunisten) lässt sich beobachten, dass – wenn auch mit gegensätzlicher Intention – kommunistische beziehungsweise sowjetunionfreundliche Absichten und Vorstellungen schon ab 1945 unterstellt wurden. Nach kommunistischer Lesart hatte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei „unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges [!] einen erfolgreichen Industriesektor durch die Sicherung günstiger Konditionen geschaffen.“¹⁷¹ Diese Behauptung diente sicherlich vor allem der Legitimation des Uranerzprojektes. Auf der anderen Seite projizierten emigrierte tschechoslowakische Akteure ihre Vorstellung ebenso zurück auf das Jahr 1945 – vermutlich mit der Absicht, den Kommunisten die Schuld zu zuschreiben und sich dadurch selbst zu entlasten. Um die These, dass der-

169 Kaspárek: Soviet Russia and Czechoslovakia's Uranium.

170 Hubert Ripka, der Unterzeichner des Uranvertrags, emigrierte nach 1948 ebenfalls in den Westen. In seinen 1950 erschienenen Erinnerungen an die Jahre 1938 bis 1948 (ein ebenfalls sehr einseitiger Bericht) erwähnt er jedoch interessanterweise das Uranabkommen mit der Sowjetunion an keiner Stelle. Ripka: Czechoslovakia Enslaved.

171 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 92. In diesem Sinne auch Houdek: Vývoj a současné problémy uranového průmyslu v ČSSR.

artige Vorstellungen rückwirkend auf das Jahr 1945 projiziert übertragen wurden, zu fundieren, bedarf es jedoch noch weiterer gezielter Archivrecherchen.

6. Die fünfziger Jahre

6.1 Die erste Hälfte der fünfziger Jahre: Höhepunkt der Uranerzindustrie in Jáchymov in mehreren Hinsichten

In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre stieg die Uranerzförderung weiterhin rasant an und neue Schächte wurden angelegt.¹⁷² Das Unternehmen genoss erstrangige politische Bedeutung, was sich auch daran zeigte, dass das Nationalunternehmen als einziges Unternehmen nun über eine eigene Kaderschmiede verfügte, durch die alle Leitungspositionen im Nationalunternehmen wie auch in der Gebietsverwaltung von Jáchymov besetzt wurden.¹⁷³

Unstimmigkeiten zwischen den beiden Vertragspartnern hielten auch in den fünfziger Jahren an. Sie hatten weitere Änderungen der Bedingungen des Abkommens zur Folge, durch die der Uranerzpreis und die sowjetischen Investitionen kontinuierlich reduziert wurden.¹⁷⁴ Anders als früher wurden die Vertragsänderungen in den fünfziger Jahren nicht von der tschechoslowakischen, sondern von der sowjetischen Seite initiiert. Die tschechoslowakische Seite war von ihrer fordernden Haltung abgekommen und war von nun an (teilweise vergeblich) bemüht, den Status quo beizubehalten. Bei den Verhandlungen 1952 nahm der damalige Premierminister Antonín Zápotocký beispielsweise folgenden ablehnenden Standpunkt gegenüber den von der Sowjetunion gewünschten Vertragsänderungen ein:

172 In der Zeit von 1949 bis 1953 wurden die Förderungspläne nicht nur jedes Jahr erhöht, sondern auch während des laufenden Jahres. Im Jahr 1956 betrug die Produktion das 24-fache der Förderung des Jahres 1948. Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 22 f.

173 Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 26. Das Zentralkomitee der KSČ bewilligte dies am 19. November 1952.

174 In den Jahren 1952, 1954 und 1958.

Von unserer Seite aus sehen wir keine Notwendigkeit für eine Änderung [des Uranvertrags, A. B.] in Anbetracht dessen, dass die abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen, wie die Ergebnisse gezeigt haben, beiden Seiten bislang Rechnung getragen haben und Nutzen brachten. [...] Deshalb bitten wir darum, dass die abgeschlossenen Verträge weiterhin bestehen bleiben, da uns in der heutigen Situation die Umstellung unserer Industrie eine beträchtliche Belastung und großen Schaden zufügen würde, da der Haushaltsplan für das Jahr 1952 schon fertig ist und bei seiner Zusammenstellung mit den bisherigen Vertragsbedingungen und deren Fortdauer gerechnet wurde.¹⁷⁵

Diese Einstellung revidierte Zápotocký später, da sie nicht haltbar war. Die Machtverhältnisse waren noch die gleichen wie zuvor.

Bis zum Jahr 1955 war die Angelegenheit der Uranerzförderung absolut geheim: vor der Öffentlichkeit selbstverständlich, aber auch vor den meisten Regierungsmitgliedern und Angehörigen der Parteiführung. Präsident Klement Gottwald behielt sich vor, dass die Uranminen betreffende Angelegenheiten ausschließlich mit ihm persönlich besprochen werden würden.¹⁷⁶ Die Leitungskommission des Nationalunternehmens Jáchymov informierte ihn (und später Antonín Zápotocký) in vierzehntägigen Mitteilungen. Selbst als der Generalsekretär der KSČ, Rudolf Slánský, im Februar 1950 die Zusendung von Berichten über die Verhältnisse in den Uranminen anforderte, bat die Leitungskommission Präsident Gottwald um seine Zustimmung.¹⁷⁷ Zudem hatte im Frühjahr 1951 das Ministerium für Staatssicherheit die Kontrolle und Sicherung der Uranerzminen übernommen.¹⁷⁸

Während der ersten Hälfte der fünfziger Jahre war, parallel zu den hohen Förderungszahlen, auch die Zahl der in den Minen eingesetzten Häftlinge am höchsten.¹⁷⁹ Darüber hinaus spielte Jáchymov auch eine Rolle bei den berüchtigten politischen Prozessen, zu denen es Anfang der fünfziger Jahre in der Tschechoslowakei kam. Karlsch und Zeman bezeichnen die Uranproblematik als eine „Trumpfkarte“, die dro-

175 SÚA, ÚV KSČ, fond A. Zápotocký. Zitiert nach Tomek: Československý uran.

176 Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 26.

177 Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 26.

178 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 129.

179 Die Angaben variieren, Petrášová, Pluskal und Zeman geben Zahlen um die 15000 an, was knapp der Hälfte der zu dieser Zeit insgesamt beim Nationalunternehmen Jáchymov angestellten Personen betragen würde. Petrášová: Vězeňské tábory v Jáchymovských uranových dolech, S. 338. Pluskal: Poválečná historie Jáchymovského uranu. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 124.

hend im Hintergrund der Schauprozesse gegen prominente Kommunisten stand.¹⁸⁰ Vor einem der bekanntesten Prozesse, dem Schauprozess gegen Rudolf Slánský, hatten sich die Ermittlungen zunächst auf Slánskýs Haltung zur Uranerzindustrie konzentriert. Entsprechendes Beweismaterial lieferte das tschechoslowakische Mitglied der Ständigen Leitungskommission des Nationalunternehmens Jáchymov, Svatopluk Rada, auf den sich nur kurze Zeit später die Aufmerksamkeit der Geheimpolizei richtete. Weder bei Rada, der, bevor ein Prozess gegen ihn stattfinden konnte, unter ungeklärten Umständen starb, noch bei Rudolf Slánský, bei dem andere erpresste Geständnisse bereits für den Ausspruch eines Todesurteils genügten, fand die Jáchymov-Problematik Eingang in den eigentlichen Prozess.¹⁸¹ Anders war dies bei Prozessen gegen einfache Bürger. In Übereinstimmung mit der strengen Geheimhaltung der Uranerzförderung zur damaligen Zeit, fand man in solchen Fällen in den Anklageschriften allerdings nie die Begriffe „Jáchymov“ oder „Uran“. Stattdessen wurden Umschreibungen wie „ein bestimmter Betrieb im Nordwesten Böhmens, der außerordentlich wichtig ist für die Landesverteidigung und den Weltfrieden“¹⁸² verwendet. Die Ergebnisse der ersten Prozesse waren mehrheitlich Verurteilungen zum Tode, ab dem Jahr 1953 (nach dem Tod Stalins und einer entsprechenden Entwicklung in der Sowjetunion) wurden die Urteile vergleichsweise milder, meist wurden dann langjährige Gefängnisstrafen ausgesprochen.¹⁸³

Besonders der Einsatz von politischen Gefangenen, aber auch die Rolle, die das Nationalunternehmen in einigen damaligen Prozessen spielte, prägten die generelle Wahrnehmung Jáchymovs und des Uranerzbergbaus nachhaltig. Die gedankliche

180 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 117.

181 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 113–116.

182 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 117 f. Zu den bekanntesten Prozessen im Zusammenhang mit Jáchymov gehören die sogenannten Pfadfinder-Prozesse. Den Angeklagten Jaroslav Švenek und Josef Hettler, die beim Nationalunternehmen Jáchymov angestellt waren, wurde die Weitergabe von Staatsgeheimnissen an Personen, die später in den Westen geflohen waren, vorgeworfen. Die Bezeichnung „Pfadfinder-Prozesse“ geht darauf zurück, dass die Angeklagten Mitglieder in der tschechoslowakischen Pfadfinderbewegung „Junák“ waren, einer „von der angelsächsischen Welt beeinflussten Organisation, die Träger kapitalistischen Gedankenguts sei, und in der es die Pflicht jedes Mitglieds sei, geheime Informationen preiszugeben“. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 118.

183 Mit der so genannten Tauwetterperiode (*doba tání*), deren Beginn mit dem Tod Stalins angesetzt werden kann, nahmen in der Tschechoslowakei das Ausmaß und die Härte der Repressionen allgemein ab, beziehungsweise nahmen diese eine andere, gemäßigte Gestalt an. Vgl. Kaplan: Kronika komunistického Československa, S. 64.

Verknüpfung von Jáchymov mit den politischen Repressionen der Zeit der kommunistischen Herrschaft ist auch heute noch verbreitet.¹⁸⁴

6.2 Die zweite Hälfte der fünfziger Jahre: Stolz und Lobbyismus

Mitte der fünfziger Jahre wurden erstmals Bedenken der tschechoslowakischen Fachleute laut, die befürchteten, dass die Uranerzlagerstätten im Gebiet von Jáchymov in nicht all zu langer Zeit (geschätzt wurden circa zwei Jahre) erschöpft sein könnten. Dazu kam noch eine weitere Ungewissheit: Wie lange würde das außergewöhnlich große Interesse der Sowjetunion an tschechoslowakischem Uranerz anhalten?

In der Tat änderten sich die Voraussetzungen für die Kooperation bei der Uranerzförderung etwa Mitte der fünfziger Jahre insofern, als die Sowjetunion von den tschechoslowakischen Uranerzlagerstätten unabhängig wurde.¹⁸⁵ Ertragreichere Vorkommen waren auf ihrem eigenen Staatsgebiet erschlossen worden.¹⁸⁶ Außerdem hatte sie bereits einen so großen Uranerzvorrat angehäuft, dass ihr das bisherige Niveau der Förderung genügte; sie war nicht mehr an einem weiteren Ausbau der Uranerzindustrie interessiert.¹⁸⁷ In dieser Situation verlangte die Sowjetunion eine Änderung des Uranabkommens mit der Tschechoslowakei, denn aus ihrer eigenen Perspektive wurde der Vertrag immer unwirtschaftlicher. Sie versuchte sich von ihren finanziellen Verpflichtungen zu lösen und auf dem Gebiet der Uranerzförderung zu marktwirtschaftlichen Beziehungen mit der Tschechoslowakei überzugehen.¹⁸⁸

In den fünfziger Jahren litt die Tschechoslowakei unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts durch oberflächliche Korrekturversuche nicht behoben werden konnten und in den Jahren 1962 und 1963 zu einer Krise

184 Vgl. Dvořák: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí, S. 627.

185 An die Stelle der Uranknappheit der unmittelbaren Nachkriegszeit war längst ein Überangebot getreten. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 263.

186 Tomek: Československý uran.

187 Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 72.

188 Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 65. Im März 1958 überreichten die Sowjets den Tschechoslowaken einen offiziellen Vorschlag über eine neue Verfahrensweise bei der Bezahlung des Uranerzes. In diesem Dokument hieß es, „dass man zu festen Preisen, die sich aus den Weltpreisen auf den kapitalistischen Märkten ergeben, übergehen müsse“. Zitiert nach Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov). Der Vorschlag beinhaltete des weiteren, dass die Tschechoslowakei die Kosten für den Geologischen Dienst in Zukunft alleine tragen solle und ihr keine weiteren Investitionskredite mehr bereitgestellt würden.

führten.¹⁸⁹ Der zweite Fünfjahresplan (1956 bis 1960) musste auch bei den Planvorgaben für das Nationalunternehmen Jáchymov immer wieder nachgebessert werden.¹⁹⁰ Man rechnete ursprünglich mit einem Anstieg der Förderung um 65 Prozent, erreicht wurden jedoch schließlich nur 46 Prozent.¹⁹¹

Diese Situation gab den tschechoslowakischen Politikern den – auf den ersten Blick paradoxen – Anreiz, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in der Uranerzindustrie zu intensivieren und insbesondere nach weiteren Uranerzvorkommen auf tschechoslowakischem Gebiet zu forschen.¹⁹² Gleichzeitig mit den Veränderungen in der sowjetischen Uranpolitik hatte sich also auch die Haltung der Tschechoslowakei zum Uranabkommen geändert. Sie wechselte fortan in die Rolle eines Bittstellers, der Moskau um die Garantie der Abnahme des geförderten Uranerzes in den kommenden Jahren ersuchte.¹⁹³ Warum aber hielten die tschechoslowakischen Politiker an dem Uranabkommen fest und forderten sogar seine Vertiefung, obwohl der Vertrag wirtschaftlich so ungünstig und belastend für den tschechoslowakischen Haushalt war und die Sowjets Ende der fünfziger Jahre signalisierten, dass ihr Interesse, und damit auch der Druck von sowjetischer Seite, gesunken war?¹⁹⁴

Besonders in dieser Frage lässt sich nicht, wie bereits in der Einleitung erwähnt wurde, anhand von bloßen Äußerungen oder Handlungen der tschechoslowakischen Akteure auf deren eigentliche Motive schließen. So wäre die Annahme, die Politiker und das Führungspersonal des Nationalunternehmens hätten die tschechoslowakische Uranerzindustrie als einen rentablen Wirtschaftssektor gesehen und deshalb für die

189 Bereits in den Jahren 1953 und 1954 ließ die Dynamik des Wirtschaftswachstums nach, und somit waren auch die Staatseinnahmen drastisch gesunken. Dies ging vor allem auf die geringe Effizienz der unflexiblen, zentral gelenkten Wirtschaftsplanung zurück, deren Schwächen aufgrund des absoluten Charakters des Systems nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden konnten. Die bestehenden Schwierigkeiten wurden als Abweichungen (wegen zu starker Zentralisierung) vom ansonsten unanfechtbaren staatlichen Planungssystem bewertet. Erste Versuche zu einer Wirtschaftsreform im Jahr 1958 zielten deshalb auf Dezentralisierung ab; sie sollten das bestehende Wirtschaftssystem verbessern, nicht verändern. Šulc: *Stručné dějiny ekonomických reform*, S. 27–29. Eine detaillierte Darstellung der tschechoslowakischen Wirtschaftsentwicklung in den fünfziger Jahren gibt auch Teichová: *Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei*, S. 116–122.

190 Aus diesem Grund argumentiert Zdislav Šulc, dass der zweite Fünfjahresplan de facto gar nicht existiert habe. Šulc: *Československé hospodářství v podmínkách centrálního plánování*, S. 159.

191 Kaplan/Pačl: *Tajný prostor Jáchymov*, S. 23.

192 Kaplan/Pačl: *Tajný prostor Jáchymov*, S. 25.

193 Kaplan/Pačl: *Tajný prostor Jáchymov*, S. 72.

194 Diese Frage wird auch von Karel Kaplan gestellt. Der Abschnitt in dieser Arbeit basiert auf und vertieft die entsprechende kurze Textstelle bei Kaplan. Kaplan/Pačl: *Tajný prostor Jáchymov*, S. 73.

Intensivierung der Produktion plädiert, voreilig und falsch. Eine genauere Analyse zeigt dagegen ein differenzierteres Bild: Zunächst waren es wirtschaftliche Überlegungen, aufgrund derer die tschechoslowakischen Entscheidungsträger an dem Abkommen festhielten. Der Export des Uranerzes nahm in den fünfziger Jahren eine beträchtliche Komponente in den tschechoslowakisch-sowjetischen Handelsbeziehungen ein.¹⁹⁵ Mit dem Abkommen war die Tschechoslowakei in eine Art Teufelskreis geraten: Im Tausch für das Uranerz erhielt die Tschechoslowakei von der Sowjetunion unter anderem auch Getreide und so genannte „Dollar-Ware“ (*dolarové zboží*)¹⁹⁶. Gerade letztere Lieferungen benötigte sie dringend, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, die sich aus weiteren Verträgen mit der Sowjetunion und anderen Staaten des Warschauer Pakts ergaben, sowie auch für ihre eigene Rüstungsindustrie. Die Ausfälle, die durch die Aufgabe oder die Zurücknahme des Uranerzexportes entstanden wären, hätten nicht annähernd durch einen erhöhten Export anderer Waren kompensiert werden können. In diesem Fall hätte auch ein großer Teil der bereits getätigten Investitionen in die Uranerzindustrie nicht durch entsprechende Gewinne gedeckt werden können, was für die Tschechoslowakei beträchtliche Verluste bedeutet hätte.

Schließlich erwarteten die tschechoslowakischen Experten auch einen Anstieg des Weltmarktpreises für Uranerz in den kommenden Jahren, den sie auf eine zukünftige verstärkte Nachfrage aufgrund der Entwicklung der Kernenergie zurückführten.

Neben diesen wirtschaftlichen Einschätzungen lässt sich jedoch auch eine veränderte Wahrnehmung der Uranerzproduktion durch die tschechoslowakischen Akteure feststellen, die vermutlich einen ebenso wichtigen Anteil an der Entscheidung zur Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Uranerzförderung hatte. Die führenden Funktionäre der Partei und die Leiter der Bergbauindustrie hatten – mit Karel Kaplans Worten – allmählich „Gefallen an der Uranindustrie gefunden“¹⁹⁷. Ein gewisser „Stolz“¹⁹⁸ scheint sich bei Politikern und Experten darüber verbreitet zu haben, dass die Qualität des tschechoslowakischen Uranerzes zu den fünf besten Vorkommen der Welt zähle, dass die Tschechoslowakei einen der vordersten Plätze in der Uranerzindustrie weltweit einnehme, oder auch darüber, dass die größten Uranerzla-

195 Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 299.

196 Ware, die nur auf den westlichen Märkten gegen US-Dollar erhältlich war. Diese geheimen Transaktionen fanden bis zum Jahr 1959 statt. Kaplan/Pačl: *Tajný prostor Jáchymov*, S. 73.

197 Kaplan/Pačl: *Tajný prostor Jáchymov*, S. 73.

198 Kaplan/Pačl: *Tajný prostor Jáchymov*, S. 73. Karel Kaplan benutzt den tschechischen Begriff *hrdost* um das neue Bewusstsein zu beschreiben.

gerstätten Europas in der Tschechoslowakei liegen würden.¹⁹⁹ Bei einem Besuch in Moskau äußerte sich Antonín Zápotocký in diesem Sinne:

Es ist nötig, die großen Erfolge, die die Tschechoslowakei auf dem Gebiet der Nutzung ihres weltberühmten Uranerzes erzielt hat, zu erwähnen. Dank der umfangreichen Hilfe der Sowjetunion wurde durch die Nutzung des Uranerzreichtums in der Tschechoslowakei ein neuer Wirtschaftszweig geschaffen, dessen Bedeutung für die Volkswirtschaft weitreichend ist. In kurzer Zeit wurde die Uranerzförderung auf ein solches Niveau gesteigert, dass die Tschechoslowakei auf diesem Gebiet einen der vordersten Plätze in der Welt eingenommen hat.²⁰⁰

Karel Kaplan geht allerdings nicht genauer auf das neue Phänomen des Stolzes ein. Die wenigen Bemerkungen, die er dazu macht, vermitteln freilich das Bild, dass es sich vorrangig um Stolz über technische Errungenschaften handelte.

Karel Kaplans These vom Stolz wird bei Karlsch und Zeman durch den Begriff der „Uranlobby“ ergänzt.²⁰¹ Da auch die beiden letztgenannten Autoren die Entstehung einer Uranlobby in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre nur kurz erwähnen, ist nicht klar, ob sich Stolz und Lobbyismus auf das gleiche Phänomen beziehen und dieses nur in unterschiedlicher Weise gedeutet wird. In diesem Fall würden den Akteuren unterschiedliche Absichten unterstellt werden. Während Kaplan Stolz jedoch sowohl bei Vertretern der Uranerzindustrie als auch bei Politikern beobachtet, setzte sich die Uranlobby – Karlsch und Zeman zufolge – ausschließlich aus den Führungskräften des Nationalunternehmens Jáchymov zusammen. Die meist jüngeren Arbeiter, die sich loyal gegenüber der Partei verhielten, hätten ein ureigenes Interesse an der Fortsetzung des Uranerzbergbaus gehabt: Die Gehälter in dieser Branche waren nach wie vor überdurchschnittlich hoch.²⁰² Gerade die Vertreter der Führungsetage des Nationalunternehmens forderten aus diesem eigennützigen Grund die Intensivierung der Uranerzindustrie. Um dies zu erwirken, stützten sie sich vor allem auch auf die in diesem Kapitel dargestellten wirtschaftlichen Argumente.

199 Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 73.

200 Äußerung Antonín Zápotockýs im Kreml am 29.1.1957. Zitiert nach Kaplan/Pačl: Tajný prostor Jáchymov, S. 74.

201 Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 261.

202 Der monatliche Grundlohn lag bei 2065 Kčs; andere Industriearbeiter verdienten zu dieser Zeit durchschnittlich 1298 Kčs pro Monat. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 261.

Die Uranerzförderung wurde auch in den folgenden Jahren in der Tschechoslowakei fortgesetzt, allerdings nicht in Jáchymov. Da die dortigen Vorkommen Anfang der sechziger Jahre weitgehend erschöpft waren, wurden die Minen im Jahr 1964 zugunsten der Uranerzlagerstätten bei Příbram aufgegeben.

7. Fazit

Dieses Schlusskapitel hat zweierlei Aufgaben: Zum einen sollen die wichtigsten Ergebnisse des ersten Teils der Arbeit, der die unmittelbare Nachkriegszeit betrifft, an dieser Stelle nochmals abschließend zusammengefasst werden. Zum anderen soll der Versuch unternommen werden, auf der Grundlage des bisher Erarbeiteten eine Periodisierung der Uranerzindustrie aus der Perspektive der tschechoslowakischen Akteure für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Anfang der sechziger Jahre zu erstellen. Die Periodisierung kann zugleich als Zusammenfassung der Ergebnisse der zweiten größeren Fragestellung dieser Arbeit, der Frage nach dem Wandel der Wahrnehmungen und Vorstellungen, die die tschechoslowakischen Akteure von der Uranerzindustrie hatten, betrachtet werden.

Es ist der Annahme zu widersprechen, dass die tschechoslowakischen Politiker mit dem Abschluss des Uranabkommens im November 1945 ihr Land in den sich formierenden sozialistischen „Ostblock“ eingliedern wollten. Die tschechoslowakischen Entscheidungsträger schlossen 1945 den Vertrag über die Förderung und den Export des Uranerzes aus Jáchymov in dem Glauben ab, diese Handelsbeziehung würde ihren allgemeinen politischen wie wirtschaftlichen Zielen entsprechen. Dementsprechend geartet waren auch ihre vorrangigen Erwartungen an dieses Abkommen: Die enge wirtschaftliche Beziehung mit der Sowjetunion sollte zur Wiederbelebung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg beitragen. Mit Blick auf die Zukunft war den tschechoslowakischen Akteuren in erster Linie daran gelegen, ihr Land vor erneuten Bedrohungen zu schützen. Auch in dieser Hinsicht schien das Uranabkommen ihnen vielversprechend: Aufgrund der für die Sowjetunion ebenfalls sehr bedeutenden Handelsbeziehung erwartete man, dass sich die UdSSR für die nationale Souveränität der Tschechoslowakei einsetzen würde. Die beiden genannten Erwartungen entsprachen den existentiellen Bedürfnissen des nach dem Zweiten Weltkrieg wiederentstandenen tschechoslowakischen Staates. Wie gezeigt wurde, handelte es sich jedoch um Fehleinschätzungen. Die Entwicklungen, die aus dem Uranabkommen resultierten, widersprachen schon bald den Prämissen der

tschechoslowakischen Nachkriegspolitik. Dies äußerte sich insbesondere in der Einschränkung des außen- und innenpolitischen Handlungsspielraums sowie in der Belastung, die die unwirtschaftliche Uranerzindustrie in den folgenden Jahren für die tschechoslowakische Volkswirtschaft darstellte.

Die oben genannte These konnte des weiteren durch die Beobachtung gestützt werden, dass sich die tschechoslowakischen Politiker im Jahr 1945 nicht der weltpolitischen Bedeutung des Uranerzes bewusst waren und somit auch nicht die Reichweite, die das Uranabkommen aus diesem Grunde haben sollte, einschätzen konnten.

Auch diese Arbeit konnte jedoch nicht die Frage beantworten, inwiefern der von der Sowjetunion ausgeübte Einfluss auf das Nationalunternehmen Jáchymov tatsächlich die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Jahr 1948 begünstigte.

Die Zusammenfassung der weiteren Ergebnisse dieser Arbeit mit der Erstellung einer Periodisierung zu verbinden ist insofern lohnend, als sie frühere Versuche, bestimmte Phasen in der Entwicklung der tschechoslowakischen Uranerzindustrie herauszuarbeiten, ergänzen kann. In der Literatur lassen sich zwei Periodisierungen finden: Prokop Tomek nimmt eine Einteilung der Zeit von 1945 bis 1989 anhand des Uranpreises vor, und Vladimír Pacl bezieht sich in seiner Periodisierung auf die Entwicklung der zu den Uranerzminen gehörenden Zwangsarbeiterlager.²⁰³ Eine auf die-

203 Aufgrund der Preisbildung für das tschechoslowakische Uranerz stellt Prokop Tomek vier Etappen heraus: 1. 1945–1951: Der Preis habe sich aus Kosten für die Produktion und für den Ausbau der Infrastruktur zusammengesetzt. 2. 1952–1958: Der Preis errechnete sich nur noch aus den Kosten für die Förderung, der Gewinn für die Tschechoslowakei wurde durch den von der Sowjetunion ausgeübten Druck reduziert. 3. 1959–1966: Die Sowjetunion zahlte einen feststehenden Preis, der fünf Jahre im Voraus festgelegt wurde. 4. 1967–1989: Die Produktionskosten überstiegen die Summe, die die Sowjetunion gewillt war zu zahlen. Mit massiven Zuwendungen wurde die Uranerzindustrie aufrechterhalten, was – wie Tomek urteilt – in dieser Art nur in einem staatlichen Planungssystem möglich war. Tomek: *Československý uran*. Es ist anzumerken, dass die hier von Tomek vertretenen Ansichten sich nicht durchgehend mit den Angaben in der übrigen von mir betrachteten Literatur decken. Besonders deutlich ist dies für die Zeit 1945–1951, für die zum Beispiel Karlsch und Zeman hervorheben, dass ein Konfliktpunkt zwischen der tschechoslowakischen und der sowjetischen Seite gerade darin bestand, dass die Sowjetunion den Einbezug von indirekten Kosten in die Produktionskosten von Beginn an ablehnte. Vgl. Karlsch/Zeman: *Urangeheimnisse*, S. 97. Die zweite erwähnte Periodisierung ist nachzulesen bei Kaplan/Pacl: *Tajný prostor Jáchymov*, S. 121–123. Vladimír Pacl betrachtet die Zustände in den Gefangenenlagern (vor allem die Behandlung der Gefangenen und deren Versorgung mit Lebensmitteln) und bildet drei Zeitperioden: 1. 1948/1949–1950/1951: Das Lagersystem wurde aufgebaut. 2. 1950/1951–1953: Die Behandlung der Gefangenen, deren Zahl in dieser Zeit ihren Höhepunkt erreichte, war am härtesten. 3. 1953–1960: Nach dem Tod Stalins und Gottwalds nahmen die Här-

ser Arbeit basierende Periodisierung hat dagegen mehrere Kriterien zur Grundlage. Hauptsächlich sind es natürlich die in der vorliegenden Arbeit herausgearbeiteten, sich verändernden Wahrnehmungen, Vorstellungen und Erwartungen der tschechoslowakischen Akteure, die die folgende Einteilung bestimmen. Eben diese entstanden jedoch, wenn auch nicht in einem unmittelbaren kausalen Zusammenhang, durch die Rezeption der verschiedensten Faktoren, die zu dem jeweiligen Zeitabschnitt den Industriezweig prägten: innen- und außenpolitische Ziele und Abhängigkeiten sowie Ereignisse, wirtschaftliche Aspekte, wie der Konflikt um den Uranerzpreis oder das Problem der Unwirtschaftlichkeit. Darüber hinaus wird ebenfalls die grundsätzliche Entwicklung der Uranerzindustrie, wie sie auch in dieser Arbeit geschildert wurde, berücksichtigt.

Es erscheint vor diesem Hintergrund sinnvoll, die in dieser Arbeit behandelte Zeit in vier Etappen einzuteilen:

1. *Mitte bis Ende des Jahres 1945.* In dieser Zeit fanden die zunächst streng geheimen Verhandlungen über das tschechoslowakisch-sowjetische Uranabkommen statt, welches schließlich am 23. November 1945 unterzeichnet wurde. Diese Anfangszeit war durch sehr verschiedene Erwartungen der tschechoslowakischen Seite an das Abkommen bestimmt. Dabei war die Vorstellung verbreitet, dass der Vertrag eine positive Wirkung auf die tschechoslowakische Volkswirtschaft, die durch den Krieg beträchtlichen Schaden genommen hatte, haben werde. Von engen Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion versprach sich die tschechoslowakische Seite zudem auch die Sicherung ihrer wiedererlangten staatlichen Souveränität. Es wurde erwartet, dass der Sowjetunion aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit auch daran gelegen sei, die Tschechoslowakei im Falle einer Bedrohung zu schützen. Dem Uranerz wurde als Rohstoff zwar eine wichtige Bedeutung beigemessen (zunächst vor allem noch wegen der Radiumgewinnung), seine atomare Dimension und die Folgen, die sich daraus für die Tschechoslowakei ergeben würden, wurden zu dieser Zeit jedoch noch nicht erkannt.

2. *1946 bis Februar 1948.* Diese zwei Jahre waren vor allem dadurch geprägt, dass sich die ursprünglichen tschechoslowakischen Erwartungen an den Uranvertrag überwiegend als nicht erreichbar herausstellten. Die Rede Jan Masaryks vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Januar 1946 stellte das erste markante Ereignis dar, das die negativen Auswirkungen des Vertragsabschlusses, in diesem

te gegenüber den Zwangsarbeitern und auch der Bedarf an Uranerz langsam ab, 1960 wurden die Zwangsarbeiterlager schließlich ganz abgeschafft.

Fall die Begrenzung des tschechoslowakischen diplomatischen Handlungsspielraumes, offenlegte. Auch die wirtschaftlichen Erwartungen wurden in dieser Zeit enttäuscht. Die Uranerzindustrie wurde zwar in rasantem Tempo wieder aufgenommen, allerdings war das Unternehmen völlig unwirtschaftlich. Zu einer großen finanziellen Belastung für den tschechoslowakischen Staat wurde es nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die sowjetischen Zahlungen und Investitionen viel niedriger ausfielen als erwartet.

3. *Von Februar 1948 bis 1955.* Mit der kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948 ergab sich auch eine Zäsur bei der Wahrnehmung des Uranerzvertrags. Die neue politische Lage gebot es einmal mehr, die Bereitstellung des wichtigen Rohstoffes für die Sowjetunion offiziell nicht in Frage zu stellen. Da die Unzufriedenheit der tschechoslowakischen Seite über die Vertragsbedingungen aber anhielt, war diese Phase gleichzeitig von einer offiziellen positiven Rhetorik und einer sich indirekt äussernden Unzufriedenheit²⁰⁴ über die eigentliche Unwirtschaftlichkeit des Unternehmens gekennzeichnet. Die Geheimhaltung des Geschehens in der Uranerzindustrie wie auch der Umfang der Uranerzförderung erreichten in diesen Jahren ihren Höhepunkt. Schließlich stand das Nationalunternehmen Jáchymov in dieser Phase auch in unmittelbarer Verbindung mit den politischen Repressionen in der Tschechoslowakei der damaligen Zeit. Das kommunistische Regime beschloss im Jahr 1949 den Einsatz von Gefangenen in den Uranerzminen. In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre war die Zahl der Zwangsarbeiter, die mehrheitlich politische Häftlinge waren, am höchsten. Auch wurde die Uranproblematik für politische Prozesse der damaligen Zeit instrumentalisiert.

4. *1955 bis Anfang der sechziger Jahre.* Die zweite Hälfte der fünfziger Jahre war gekennzeichnet durch das abnehmende Interesse der Sowjetunion an tschechoslowakischem Uranerz. Infolge dessen kürzte sie ihre Investitionen in die Uranerzindustrie und es kam zu keinem weiteren nennenswerten Ausbau dieses Wirtschaftszweiges. Die Produktion sank und blieb hinter den Planvorgaben zurück. Parallel dazu kann man eine gewisse „Emanzipation“ der tschechoslowakischen Seite in der Uranerzbranche beobachten, die direkt mit dem sinkenden Interesse der Sowjetunion zusam-

204 Die Unzufriedenheit äußerte sich vor allem darin, dass die tschechoslowakische Seite zunächst immer wieder versuchte, über günstigere Vertragsbedingungen zu verhandeln, und später – in den fünfziger Jahren – stark darum bemüht war, die von der Sowjetunion geforderten Veränderungen in den Handelsbeziehungen abzuwehren.

menhing.²⁰⁵ Schließlich lässt sich in dieser Zeit eine neue Art der Wahrnehmung der Uranerzindustrie beobachten: Trotz des unwirtschaftlichen Betriebes zeigten die tschechoslowakischen Politiker und Experten Stolz über „ihre“ Uranerzindustrie. Aus diesem Grund sowie vor dem Hintergrund ökonomischer Überlegungen wurde Ende der fünfziger Jahre von tschechoslowakischer Seite die Intensivierung der Uranerzförderung gefordert. Diese Forderung wurde in bedeutendem Maße von der Uranlobby, die in der Administration des Nationalunternehmens Ende der fünfziger Jahre entstanden war, unterstützt. In Jáchymov waren die Lagerstätten jedoch weitestgehend erschöpft. Anfang der sechziger Jahre einigte man sich auf die Schließung der dortigen Minen im Jahr 1964.

Diese Zusammenfassung zeigt, dass auch die tschechoslowakischen Akteure zu jedem Zeitpunkt ein Interesse an der Uranerzförderung hatten und aktiv an der Gestaltung der Uranerzindustrie mitwirkten. In Anbetracht dessen ist es eine Verkürzung, von dem Nationalunternehmen Jáchymov als „sowjetischem Großprojekt“ zu sprechen. Es ist korrekter, es als „sowjetisch-tschechoslowakisches Großprojekt“ zu bezeichnen.

Für die zukünftige Forschung wäre es wünschenswert, wenn man sich vor allem auch konkreten thematischen Fragestellungen widmen würde. In dieser Hinsicht hat Tomáš Dvořák mit seiner Studie zum Arbeitskräftemangel in der Uranerzindustrie im Zusammenhang mit der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung bereits einen Anfang gemacht. Ein weiteres lohnendes Thema wäre sicherlich eine genauere Betrachtung der innerbetrieblichen Verhältnisse des Nationalunternehmens Jáchymov, wie beispielsweise eine Untersuchung der Leitungskommission oder auch der unteren Führungsetage. Auch könnten die Beziehungen zwischen der Administration des Nationalunternehmens und der politischen Führung der Tschechoslowakei Gegenstand einer Studie sein.

Des Weiteren wäre es interessant, das Spannungsfeld zwischen der Geheimhaltung des Nationalunternehmens Jáchymov und der tschechoslowakischen Öffentlichkeit aufzuzeigen. Da es sich bei dem Nationalunternehmen um ein Projekt von solch einer Größe handelte, ist zu bezweifeln, dass die Entwicklungen, die das Nationalun-

205 Mit der Abnahme des sowjetischen Interesses an dem tschechoslowakischen Uranerz wurden die Handlungsspielräume und Entscheidungsmöglichkeiten in diesem Industriezweig für die tschechoslowakische Seite größer. Das Management des Unternehmens ging mehr und mehr in tschechoslowakische Hände über. Aber auch nach dieser Veränderung blieb der Sowjetunion die Möglichkeit, bedeutenden Einfluss auf die tschechoslowakische Uranerzindustrie auszuüben. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse, S. 261.

ternehmen nahm, tatsächlich vor der tschechoslowakischen Bevölkerung geheim blieben. Inwiefern handelte es sich bei dem Nationalunternehmen Jáchymov demnach um ein „offenes Geheimnis“? Diese Fragestellung könnte beispielsweise anhand einer Studie der Stadtgeschichte Jáchymovs behandelt werden.

Schließlich wäre es auch sinnvoll, einen Vergleich zwischen dem Nationalunternehmen Jáchymov und der Entwicklung der Uranerzindustrien anderer Länder, die nach dem Zweiten Weltkrieg in die sowjetische Einflussosphäre gerieten, anzustellen. In Frage kommt hierfür die SBZ (beziehungsweise die spätere DDR), in der die Wismut AG, die Uranerz als Reparationsgut für die Sowjetunion produzierte, gegründet wurde.²⁰⁶ Aber auch in Polen, Bulgarien und Estland wurde Uranerz für das sowjetische Atombombenprojekt gefördert.

Schließlich weist jedoch auch die Ereignisgeschichte noch deutliche Lücken auf. Dies gilt in besonderem Maße für die Zeit der fünfziger und sechziger Jahre. Noch spärlicher sieht es sogar aus mit der Darstellung der Entwicklung der tschechoslowakischen Uranerzindustrie, nachdem die Minen in Jáchymov geschlossen worden waren und der Abbau sich hauptsächlich auf die Lagerstätten bei Příbram konzentrierte.

Dass eine weitere Beschäftigung mit dem Thema Jáchymov nötig ist und dieses Kapitel der Geschichte noch lange nicht aufgearbeitet ist, wurde nicht zuletzt auch bei der eingangs erwähnten Veranstaltung des Tschechischen Zentrums in München mehr als deutlich.

206 Vgl. Karlsch/Zeman: Urangeheimnisse. In dieser Publikation werden sowohl das Nationalunternehmen Jáchymov, als auch die Wismut AG behandelt. Von dem kurzen Schlusskapitel des Buches abgesehen, werden die beiden Unternehmen allerdings nicht einander gegenübergestellt.

Quellen- und Literaturverzeichnis

30 let uranového průmyslu [30 Jahre Uranindustrie]. Hrsg. von einem Autorenkollektiv. Praha 1975.

Alte, Rüdiger: Die Außenpolitik der Tschechoslowakei und die Entwicklung der internationalen Beziehungen 1946-1947. München 2003 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 96).

Arburg, Adrian von: Zwischen Vertreibung und Integration: Tschechische Deutschlandpolitik 1947-1953. Dissertation an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Karlsuniversität Prag 2004 (im Erscheinen).

Arburg, Adrian von: Abschied und Neubeginn. Der Bevölkerungswechsel in den Sudetengebieten nach 1945. In: Ders. (Hg.): Als die Deutschen weg waren. Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. Hamburg 2007, 185-217.

Arburg, Adrian von: Osídlování. Die Besiedlung der Grenzgebiete der böhmischen Länder 1945-1950. Forschungsstand und ausgewählte Probleme. Adaptierte Fassung einer an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien im April 2001 eingereichten Diplomarbeit. Sudetendeutsches Archiv, Inventarnummer 99538.

Beneš, Edvard: Paměti. Od Mnichova k nové válce a k novému vítězství [Erinnerungen. Von München zu einem neuen Krieg und zu einem neuen Sieg]. Hrsg. von Karel Novotný. Praha 2004 (erstmals erschienen 1947).

Beneš, Edvard: Demokracie dnes a zítra [Demokratie heute und morgen]. Praha 1999 (Erstausgabe: Democracy Today and Tomorrow. New York 1939).

- Beneš, Edvard: Šest let exilu a druhé světové války. Řeči, projevy a dokumenty z r. 1938-45 [Sechs Jahre Exil und des Zweiten Weltkrieges. Reden, Vorträge und Dokumente aus den Jahren 1938-45]. Praha 1946 (erstmal erschienen in London 1945).
- Böss, Otto: Deutsche Kriegsgefangene im Uranbergbau von Sankt Joachimsthal (Jáchymov) 1945-1950. In: Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum. Bd. 13. München–Wien 1972, 384-406.
- Brandes, Detlef: Die Exilpolitik von Edvard Beneš 1939-1945. In: Suppan, Arnold/Vyslonzil, Elisabeth (Hgg.): Edvard Beneš und die tschechoslowakische Außenpolitik 1918-1948. Frankfurt am Main 2002 (Wiener Osteuropastudien 12), 157-163.
- Braunbeck, Joseph: Der strahlende Doppeladler. Nukleares aus Österreich-Ungarn. Graz 1996.
- Brodský, Jaroslav: Řešení gama [Die Lösung des Gamma]. Praha 1991.
- Bystrov, Vladimír: Svobodná nesvoboda. Některé příklady postupující komunizace a sovětizace mediální krajiny v Československu a snah komunistů umlčet český nekomunistický a církevní tisk v letech 1945-1948 [Freie Unfreiheit. Einige Beispiele der fortschreitenden Kommunisierung und Sowjetisierung der Medien in der Tschechoslowakei und die Bestrebung der Kommunisten in den Jahren 1945-1948, die tschechische nichtkommunistische und kirchliche Presse zum Schweigen zu bringen]. Praha 2006.
- Čapka, František/Slezák, Lubomír/Vaculík, Jaroslav: Nové osídlení pohraničí českých zemí po druhé světové válce [Die Neubesiedlung der Grenzgebiete der böhmischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg]. Brno 2005.
- Caufield, Catherine: Das strahlende Zeitalter. Von der Entdeckung der Röntgenstrahlen bis Tschernobyl. München 1994.
- Československá ložiska uranu [Tschechoslowakische Uranlagerstätten]. Hrsg. von einem Autorenkollektiv. Příbram 1984.

- Conquest, Robert: Foreword. In: Gregory, Paul R./Lazarev, Valery (Hgg.): The Economics of Forced Labor. The Soviet Gulag. Stanford 2003, vii-xi.
- Dvořák, Tomáš: Těžba uranu versus „očista“ pohraničí. Německé pracovní síly v Jáchymovských dolech na přelomu čtyřicátých a padesátých let 20. století [Uranabbau versus „Säuberung“ des Grenzgebiets. Deutsche Arbeitskräfte in den Gruben von Jáchymov Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts]. In: Soudobé dějiny 3/4 (2005) 626-671.
- Fierlinger, Zdeněk: Ve službách ČSR [Im Dienst der Tschechoslowakei]. 2 Bd. Praha 1949 und 1951.
- Franke, Reiner: Beneš und die Sowjetunion. Die Beziehungen seit dem Jahre 1935. In: Bohemia 21/2 (1980) 288-302.
- Gregory, Paul R.: An Introduction to the Economics of the Gulag. In: Ders./Lazarev, Valery (Hgg.): The Economics of Forced Labor. The Soviet Gulag. Stanford 2003, 1-21.
- Heinemann-Grüder, Andreas: Die Anfänge des sowjetischen Atomprojektes 1942-45 und die Uran-Lücke. In: Karlsch, Rainer/Schröter, Harm (Hgg.): „Strahlende Vergangenheit“. Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut. St. Katharinen 1996, 15-47.
- Helmreich, Jonathan E.: Gathering Rare Ores. The Diplomacy of Uranium Acquisition 1943-1954. Princeton 1986.
- Holloway, David: Stalin and the Bomb. The Soviet Union and Atomic Energy 1939-1956. New Haven–London 1994.
- Houdek, Karel: Vývoj a současné problémy uranového průmyslu v ČSSR [Entwicklung und gegenwärtige Probleme der Uranindustrie in der ČSSR]. Praha 1969.
- Janák, Dušan: Nasazení německých zajatců ze SSSR v Jáchymovských dolech (1947-1953) [Der Einsatz deutscher Gefangener aus der UdSSR in den Minen von Jáchymov (1947-1953)]. In: Borák, Mečislav (Hg.): Perzekuce občanů z území dnešní České republiky v SSSR [Die Verfolgung von Personen, die aus dem Ge-

- biet der heutigen Tschechischen Republik stammten, in der UdSSR]. Praha 2003 (Sešity ústavu pro soudobé dějiny 38), 229-263.
- Josephson, Paul R.: Totalitarian Science and Technology. Control of Nature. 2. Aufl. New York 2005.
- Josephson, Paul R.: Projects of the Century in Soviet History. Large-Scale Technologies from Lenin to Gorbachev. In: Technology and Culture 36/3 (1995) 519-595.
- Kalinová, Lenka: Východiska, očekávání a realita poválečné doby. K dějinám české společnosti v letech 1945-1948 [Ausgangspunkte, Erwartungen und Realität der Nachkriegszeit. Zur Geschichte der tschechischen Gesellschaft in den Jahren 1945-1948]. Praha 2004.
- Kaplan, Karel: Konika komunistického Československa. Doba tání 1953-1956 [Chronik der kommunistischen Tschechoslowakei. Die Zeit des Tauwetters 1953-1956]. Brno 2005.
- Kaplan, Karel: Československo v poválečné Evropě [Die Tschechoslowakei im Nachkriegseuropa]. Praha 2004.
- Kaplan, Karel/Špiritová, Alexandra (Hgg.): ČSR a SSSR 1945-1948. Dokumenty mezivládních jednání [Die ČSR und die UdSSR 1945-1948. Dokumente zwischenstaatlicher Verhandlungen]. Brno 1997.
- Kaplan, Karel/Pačl, Vladimír: Tajný prostor Jáchymov [Der geheime Ort Jáchymov]. České Budějovice 1993.
- Kaplan, Karel: Československo v letech 1945-1948 [Die Tschechoslowakei in den Jahren 1945-1948]. Praha 1991.
- Kaplan, Karel/Příbík, Petr: Die Tschechoslowakei und der Marshall-Plan. In: Bohemia 26 (1985) 347-371.
- Kaplan, Karel: Das verhängnisvolle Bündnis. Unterwanderung, Gleichschaltung und Vernichtung der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie 1944-1945. Wuppertal 1984.

- Kaplan, Karel: Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945-1948. München–Wien 1981 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 33).
- Karlsch, Rainer/Zeman, Zbyněk: Urangeheimnisse. Das Erzgebirge im Brennpunkt der Weltpolitik 1933-1960. Berlin 2002.
- Kaspárek, Jiri: Soviet Russia and Czechoslovakia's Uranium. In: Russian Review 11/2 (1952) 97-105.
- Klobas, Oldřich: Jak se chodí v laně. Svědectví politického vězně z padesátých let o jáchymovském táboře Nikolaj [Wie man am Seil geht. Zeugnis über eine politische Gefangenschaft in den fünfziger Jahren im Lager von Jáchymov]. Brno 1996.
- Kollár, Jan: Atomická energie. Co se děje ve světě [Atomenergie. Was sich in der Welt tut]. In: Obzory 2/30 vom 27.7.1946.
- Koselleck, Reinhart: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt am Main 1989.
- Laak, Dirk van: Weiße Elefanten. Anspruch und Scheitern technischer Großprojekte im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1999.
- Lepka, František: Český uran. Neznámé hospodářské a politické souvislosti 1945-2002 [Tschechisches Uran. Unbekannte wirtschaftliche und politische Zusammenhänge 1945-2002]. Liberec 2003.
- Link, Werner: Die Entwicklung des Ost-West-Konflikts. In: Knapp, Manfred/Krell, Gert (Hgg.): Einführung in die Internationale Politik. 3. Aufl. München 1996, 242-274.
- Lorenz, Hans: Bilder aus Alt-Joachimsthal. Umriss einer Kulturgeschichte einer erzgebirgischen Bergstadt im sechzehnten Jahrhundert. St. Joachimsthal 1925.
- Moulis, Vladislav: Podivné spojení. K československo-sovětským politickým a hospodářským vztahům mezi dubnem 1945 a únorem 1948 [Ein merkwürdiges Bündnis. Zu den tschechoslowakisch-sowjetischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen April 1945 und Februar 1948]. Praha 1996.

- Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945-1949. Berlin 1997.
- Paff, Ivan: Die Sowjetunion und die Verteidigung der Tschechoslowakei 1934-1938. Versuch der Revision einer Legende. Köln–Weimar–Wien 1996.
- Petrášová, Ludmila: Vězeňské tábory v Jáchymovských uranových dolech 1949-1961 [Gefangenenerlager in den Urangruben von Jáchymov 1949-1961]. In: Sborník archivních prací 44/2 (1994) 335-447.
- Picugin, Vladimir V.: Aus der Geschichte des sowjetischen Atomprojekts. In: Karlsch, Rainer/Schröter, Harm (Hgg.): „Strahlende Vergangenheit“. Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut. St. Katharinen 1996, 48-59.
- Pluskal, Oskar: Poválečná historie Jáchymovského uranu [Die Nachkriegsgeschichte des Urans aus Jáchymov]. Praha 1998 (Práce Českého geologického ústavu 9). Zugänglich unter: <http://www.hornictvi.info/histhor/lokality/jachym/JACHYM2.htm> (Zugriff am 17.6.2007).
- Ripka, Hubert: Czechoslovakia Enslaved. The Story of the Communist Coup d'État. London 1950.
- Ripka, Hubert: Munich. Before and After. A Fully Documented Czechoslovak Account of the Crises of September 1938 and March 1939. London 1939.
- Romer, Jean-Christophe: La guerre nucléaire de Staline á Khrouchtchev. Essai sur la constitution d'une culture stratégique en URSS (1945-1965). Paris 1991.
- Sborník přednášek a dokumentů [Sammelband mit Vorträgen und Dokumenten]. Herausgegeben von der Ständigen Internationalen Kommission über die Verbrechen des Kommunismus (Stálá mezinárodní konference o zločinech komunismu). Praha 1991.
- Schmidt, Reinhard: Vorgeschichte, Beginn und Frühzeit der Uranerzgewinnung im Erzgebirge. In: Karlsch, Rainer/Schröter, Harm (Hgg.): „Strahlende Vergangenheit“. Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut. St. Katharinen 1996, 77-96.

Smetana, Vít: Sféry vlivu a Československo: oběť, nebo spoluarchitekt? [Die Einflussphären und die Tschechoslowakei: Opfer oder Ko-Architekt?]. In: Kokošková, Zdeňka/Kocian, Jiří/Kokoška, Stanislav (Hgg.): Československo na rozhraní dvou epoch nesvobody. Sborník z konference k 60. výročí konce druhé světové války [Die Tschechoslowakei an der Wende zweier Epochen der Unfreiheit. Sammelband der Konferenz zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges]. Praha 2005, 58-65.

Srholec, Anton: Licht aus der Tiefe der Lager von Jáchymov. Prešov 1998.

Šulc, Zdislav: Stručné dějiny ekonomických reforem v Československu (České republice) 1945-1995 [Kurze Geschichte der Wirtschaftsreformen in der Tschechoslowakei (Tschechischen Republik) 1945-1995]. Brno 1998.

Šulc, Zdislav: Československé hospodářství v podmínkách centrálního plánování. Vývoj chtěný a skutečný [Die tschechoslowakische Wirtschaft unter den Bedingungen der zentralen Planung. Die Entwicklung von Wunsch und Wirklichkeit]. In: Průcha, Václav (Hg.): Hospodářský a sociální vývoj Československa (1945-1992) [Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Tschechoslowakei (1945-1992)]. Praha 1996, 151-187.

Táborský, Eduard: Prezident Beneš mezi Západem a Východem [Präsident Beneš zwischen West und Ost]. Praha 1993.

Taubert, Fritz (Hg.): Mythos München. Vorträge des Colloque international „Le Mythe de Munich“ à l’occasion du 60^{ème} anniversaire de l’Accord de Munich. Paris, 25 au 27 septembre 1998 à la maison Heinrich Heine. München 2002 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 98).

Teichova, Alice: Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918-1980. Wien–Köln–Graz 1988.

Timmermann, Heiner/Voráček, Emil/Kripke, Rüdiger (Hgg.): Die Beneš-Dekrete. Nachkriegsordnung oder ethnische Säuberung: Kann Europa eine Antwort geben?. Münster 2005 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen).

- Tomek, Prokop: Československý uran 1945-1989. Těžba a prodej československého uranu v éře komunismu [Das tschechoslowakische Uran 1945-1989. Förderung von Verkauf des tschechoslowakischen Urans in der Ära des Kommunismus]. Praha 1999. Zugänglich unter: <http://www.mvcr.cz/policie/udv/sesity/sesit1/sesit1.doc> (Zugriff am 22.6.2007).
- Urban, Rudolf: Die sudetendeutschen Gebiete nach 1945. Frankfurt am Main–Berlin 1964.
- Werbebrochure des „Radium-Palace-Hotels“, undatiert, vermutlich zwanziger Jahre. Sudetendeutsches Archiv München, Inventarnummer 14409.
- Wiedemann, Andreas: „Komm mit uns das Grenzland aufbauen!“ Ansiedlung und neue Strukturen in den ehemaligen Sudetengebieten 1945-1952. Essen 2007 (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und der Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 15, zugleich Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 29).
- Zeman, Zbyněk: Edvard Beneš. Politický životopis [Edvard Beneš. Politische Biographie]. Praha 2000.
- Zeman, Zbyněk: Czech Uranium and Stalin's Bomb. In: The Historian 67 (2000) 11-17.
- Zeman, Zbyněk: Československý uran a únor 1948 [Das tschechoslowakische Uran und der Februar 1948]. In: Soudobé dějiny 5/2-3 (1998) 257-265.
- Zeman, Zbyněk: Der tschechoslowakisch-sowjetische Uranvertrag vom 23. November 1945. In: Karlsch, Rainer/Schröter, Harm (Hgg.): „Strahlende Vergangenheit“. Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut. St. Katharinen 1996, 60-76.
- Zubok, Vladislav M./Pleshakov, Constantine V.: Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev. Cambridge/Mass. 1996.

Abkürzungsverzeichnis

AMV	Archiv Ministerstva Vnitra (Archiv des Innenministeriums)
AMZV	Archiv Ministerstva Zahraničních Věcí (Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten)
ČSL	Československá strana lidová (Tschechoslowakische Volkspartei)
ČSNS	Československá strana národně socialistická (Tschechoslowakische National-Sozialistische Partei, auch zu finden unter der Übersetzung Tschechoslowakische Volkssozialistische Partei)
ČSR	Československá republika (Tschechoslowakische Republik)
ČSSD	Československá sociální demokracie (Tschechoslowakische Sozialdemokratie)
DS	Demokratická strana (Demokratische Partei, Slowakei)
Kčs	Koruna československá (Tschechoslowakische Krone)
KSČ	Komunistická strana Československa (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei)
KSS	Komunistická strana Slovenska (Kommunistische Partei der Slowakei)
NF	Národní Fronta (Nationale Front)
SA	Sudetendeutsches Archiv München
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SÚA	Státní Ústřední Archiv (Staatliches Zentralarchiv)
ZK	Zentralkomitee